

# Pöserer Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Montage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an. Inserate (1½ Sgr. für die biergefaltete Zeile) sind an die Expedition zu richten.

## Amthches.

Berlin, 30. Septbr. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Appellationsgerichtssekretär und Kanzleidirektor, Justizrat Dr. Grillo zu Magdeburg, dem Domänenrentmeister und Forstassistenten, Domänenrat Dr. Baum zu Meßede, und dem Ober-Postassistenten, Domänenrat Dr. Magdeburg den Hofen Adler-Orden vierter Klasse, so wie dem Schullehrer Erdmann Friedrich Roß zu Klein-Wolz, im Kreise Mummelsburg, das Allgemeine Ehrenzeichen, und dem Krugbesitzer Julius Schneider zu Fiegehn, im Kreise Hierode, die Rettungs-medaille am Bande zu verleihen; dem Appellationsgerichtssekretär von Franziskus in Königsberg an das Appellationsgericht in Naumburg, und den Appellationsgerichtssekretär Varenz zu Greifswald in gleicher Eigenschaft an den Justizrat in Ehrenbreitstein zu versetzen; desgleichen den Kreisgerichtssekretär Mauch in Stettin zum Rath bei dem Appellationsgericht in Marienwerder, den Staatsanwalt Fink in Meßeritz zum Rath bei dem Appellationsgericht in Bromberg, den Kreisgerichtssekretär Merdies in Naumburg zum Rath bei dem Appellationsgericht in Stettin, den Kreisgerichtssekretär Treblin in Glogau zum Rath bei dem dortigen Appellationsgericht, den Kreisgerichtssekretär Wape in Stettin zum Rath bei dem Appellationsgericht in Königsberg, den Kreisrichter Freyherren von Diebenbroick's Güter in Hamm zum Rath bei dem Appellationsgericht in Greifswald, und den Kreisrichter Friedrich Wilhelm Geaten zu Stolberg-Bernigrode in Neidenbach zum Rath bei dem Appellationsgerichtssekretär in Breslau; den bisherigen außerordentlichen Professor Dr. Eduard Heine in Bonn zum ordentlichen Professor der Mathematik in der philosophischen Fakultät der Universität in Halle; ferner den praktischen Arzt Dr. von Pommer-Esche in Stralsund zum Regierungs- und Medizinalrath bei der dortigen Regierung zu ernennen; und dem Provinzial-Steuerssekretär Roda in Münster den Charakter als Rechnungsath zu verleihen; auch dem kommandirenden General des 7. Armeekorps, General der Kavallerie, Freiherrn Roth von Schreckenstein, die Erlaubnis zur Anlegung des von des Kaisers von Russland Majestät ihm verliehenen St. Alexander-Ordens, so wie dem militärischen Begleiter des Prinzen Albrecht (Sohn von Preußen R. S.), Major Freiherrn von Rheinbaben, aggregiert dem Generalstabe der Armee, und dem Rittmeister Prinzen zu Hohenlohe-Ingelfingen im 2. Garde-Infanterie-Regiment, zur Anlegung des von des Königs von Schweden und Norwegen Majestät ihnen verliehenen Ritterkreuzes des St. Olafs-Ordens zu ertheilen.

Angekommen: Der General-Major und Kommandeur der 4. Division, von Dankbahr, von Bromberg; der Unter-Staatssekretär im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, von Pommer-Esche, von Stralsund.

Abgereist: Der Fürst von Pleß, nach Zügen.

Das 51. Stück der Gesefsammlung, welches heute ausgegeben wird, enthält unter Nr. 4528 den Allerhöchsten Erlass vom 18. August 1856, betr. die Verleihung der fiefälligen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussee von der Oborniker Kreisgrenze in der Richtung von Obornik über Samter, Wynica und Sefowo an die Berlin-Pöserer Staats-Chaussee; und unter Nr. 4529 die Bestätigungsurkunde, betr. die Errichtung einer Aktiengesellschaft unter dem Namen „Aktiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbedarf“ mit dem Domizil zu Berlin, vom 28. August 1856.

Berlin, den 30. September 1856.

Debatts-Komtoir der Gesefsammlung.

P.C. Berlin, 29. Septbr. [Die Strafanstalts-Reform. I.] Die Reformen, welche zunächst in der Strafanstalt zu Noabitt beabsichtigt werden, haben zu so vielfachen schiefen und irrelevanten Besprechungen Anlaß gegeben, daß es nothwendig erscheint, die bei den beglücklichen Einrichtungen maßgebenden Gesichtspunkte bestimmter und klarer darzulegen und hierdurch zur Berichtigung der Ansichten über die vermeintlichen Schwächen und Gefahren des zur Anwendung zu bringenden Systems beizutragen.

Die Einführung des Einzelhaftsystems, welches bekanntlich seitens der preussischen Regierung schon vor einer Reihe von Jahren beabsichtigt wurde, blieb theils durch theoretische Bedenken, theils durch äußere Umstände hinausgeschoben. Inzwischen haben die fortwährend unerfreulichen Früchte der andernweitigen Systeme immer wieder zur gründlichen Erwägung einer Gefängnisreform hingedrängt, und gleichzeitig haben die Erfahrungen, welche in einem andern deutschen Staat mit dem vorstichig gebandhabten System der Einzelhaft gemacht worden, der früher gehegten Ansicht auf Anwendung desselben in den diesseitigen Staaten neues Gewicht verliehen.

Das große Zellengefängnis zu Bruchsal in Baden, in welchem das System der Einzelhaft zwar mit aller Konsequenz, aber zugleich mit der sorgfältigsten Umsicht angewandt wird, hat von Jahr zu Jahr in höherem Grade nicht bloß die unumwundene Anerkennung in Baden selbst, sondern neuerdings auch die laute Anpreisung der gewichtigsten Stimmen im übrigen Deutschland und im Auslande erfahren. Allgemein wird anerkannt, daß bei der Ausführung des Zellsystems, wie sie dort stattgefunden und sich mehr und mehr vervollkommen, einerseits die Vorurtheile gegen die Einzelhaft schwinden, andererseits schon jetzt die mannichfachen günstigen Erfolge hervortreten.

Die in Bruchsal gemachten Erfahrungen sind denn auch bei den inneren, der preussischen Verwaltung gefolgten Beratungen benutzt, und in Verfolg der erwählten älteren Absichten ist neuerlich beschlossen worden, fürerst in der großen Strafanstalt zu Noabitt, welche von vorn herein zu solchem Zwecke gebaut worden, das System der Einzelhaft in wesentlicher Uebereinstimmung mit den Bruchsaler Einrichtungen zur Anwendung zu bringen.

Um sich demnach ein Urtheil über die Vorzüge oder Bedenken der beabsichtigten Reform zu bilden, kann es nicht bloß auf theoretische Ansichten über die verschiedenen Strafsysteme ankommen, sondern auf die Kenntnisaufnahme und praktische Würdigung von ganz bestimmten Einrichtungen und Erfahrungen. Wir dürfen in dieser Beziehung, um das Wesen und den Charakter der einzuführenden Reform zu bezeichnen, auf mehrere Schriften zurückgehen, welche neuerdings das Einzelhaftsystem mit besonderer Zugrundelegung der in Bruchsal gesammelten Beobachtungen dargestellt und vertheidigt haben; vorzüglich das werthvolle Buch: „Die Einzelhaft im neuen Männerzucht-Hause in Bruchsal von dem Direktor desselben F. Kücklin“, ferner das Buch des Professor Möder in Heidelberg: „Die Verbesserung des Gefängniswesens mittels der Einzelhaft“, so dann in mancher Beziehung die „Stimme eines Gefangenen“ (des drei Jahre wegen politischer Vergehen in Bruchsal detinirten G. F. Schlatter), „Das System der Einzelhaft“ u. A. m.

Indem wir diejenigen, welchen es um die ernste Begründung eines Urtheils über die in Rede stehenden Reformen zu thun ist, auf diese Darstellungen verweisen, wollen wir hier nur die leitenden Gesichtspunkte in Kürze hervorheben.

Die Grundauffassung, welche durch die Anstalt in Bruchsal aufs Erfreulichste bestätigt wird, ist, daß die Einzelhaft, sobald sie in der rechten Weise zur Ausführung gebracht wird, doppelte, sonst unerreichte Vortheile bringt:

erstens in Verhütung von unendlich vielem Sittlichen, in Abwehr unzähliger verderblicher äußerer Einflüsse und Verlockungen für die Sträflinge, die meistens bei jeder gemeinschaftlichen Haftweise nicht nur unabwendbar sind, sondern durch diese selbst geradezu herbeigeführt oder doch vermehrt und verstärkt werden, — zweitens in der unmittelbaren Verbesserung oder doch Ermöglichung von vielen Gütern, das nur kümmerlich oder gar nicht auf anderem Wege erreicht werden kann.

Die unbefriedigenden, zum Theil sehr bitteren Früchte der bisherigen gemeinschaftlichen Gefängnis-Einrichtungen sind ein Gegenstand so vielfacher Klagen und Besorgnisse gewesen, daß es kaum nöthig ist, darauf näher zurückzukommen. Schon bei der ersten Versammlung sachkundiger Männer aus allen Theilen der Welt in Frankfurt a. M., hat sich das allgemeine Ergebniss herausgestellt, daß das frühere Gefängniswesen in Bezug auf Sterblichkeit, Gesundheit und Sittlichkeit der Sträflinge sehr ungelöst war. Besonders sind in letzterer Beziehung die Klagen immer allgemeiner geworden, indem man mit vielfacher Begründung hervorhebt, daß die Zuchthäuser für viele Sträflinge, statt eine Schule der Besserung, geradezu ein Durchgang zu noch tieferer Verfalleneit werden. Die Forderung darf aber doch mindestens an die Strafanstalten gestellt werden, daß, wenn sie nicht im Stande sind, die Verbrecher zu bessern, sie dieselben wenigstens nicht noch schlechter und gefährlicher der Gesellschaft zurückgeben, als sie in die Anstalten eingetretten waren. Letzteres aber ist bei dem Gemeinschaftlichen der Sträflinge in den alten Zuchthäusern mit oder ohne Schweißzwang, insbesondere durch die Nachtheile des Mitinwanderer-Befandens derselben, ganz unvermeidlich. Die Strafanstalten sind für Minderen geradezu eine hohe Schule des Lasters; denn in der Gemeinschaft (welche auch bei dem Auburn'schen System mehr dem Schein, als der Wirklichkeit nach vermieden ist) üben die größten und schlauesten Bösewichter den höchsten Einfluß aus und unterrichten die Jüngeren oder weniger Erfahrenen in allem Bösen. Da wird weder der Strafzweck der Abschreckung erreicht, denn der Verbrecher begibt sich oft in der Gesellschaft ganz wohl, noch der Zweck der sittlichen Besserung, denn durch die Gemeinschaft erlangt das Laster oft erst den Charakter der Unverwundbarkeit, während ein wahres Zurückgehen der weniger Verberbten in den täglichen Verkehr mit so vielen schamlosen und dabei im Umgange gerandten und schlaun Verbrechern ungemein schwierig ist. Dazu kommt, daß selbst für solche, welche etwa mit guten Vorsätzen das Zuchthaus verlassen, die Bekanntschaft mit so vielen Verbrechern eine fortwährende Schlinge und Versuchung zu neuer Verfalleneit bleibt und ihnen die Rückkehr zu einem ehrlichen Dasein fast zur Unmöglichkeit macht.

Gener Verbrechergemeinschaft steht nun die Einzelhaft in der Zelle als das gerade Gegenbild gegenüber. Die vortheilhafte Wirkung derselben beruht zum sehr großen Theil schon in ihr selbst, in der wesentlich veränderten Lage, in die sie den Verbrecher versetzt, indem sie nicht nur fast allen seinen üblen Neigungen und Gewohnheiten wirksam wehrt, alle schlimmen störenden Einbrüche und Einwirkungen auf ihn völlig abschneidet, sondern es überhaupt möglich macht, lediglich die dem eigenthümlichen Zustande seines inneren Lebens genau entsprechenden Mittel der Besserung und Nahrung seines Denkens, Empfindens und Willens, der Beförderung jeder guten Neigung seines Innern ihm zuzuwenden. „Wie viele Zellengefangene“, sagt Möder, „haben mir versichert, daß sie in der Zelle zum ersten Male in ihrem Leben so recht zur Besinnung, zum ernstlichen Nachdenken über ihr bisheriges Thun und Treiben gekommen seien, daß sich hier ihr Gemüth zum ersten Male mit aller Macht geregt und sie gute Vorsätze gefaßt hätten, während früher unter den steten Freiherren und Verführungen des Zusammenseins mit ihren Mitgefangenen dies niemals der Fall gewesen sei.“ Diese merkwürdige und tiefgreifende Wirkung der Zelle, daß sie der Einfuhr des Verbrechers in sich selbst unberechenbaren Vortheil leistet, kann gar nicht hoch genug angeschlagen und durch nichts Anderes ersetzt werden. Der Grund dieser Erscheinung liegt eben einfach darin, daß die Zellenhaft die Sträflinge nicht, wie die Gemeinschaft, in beständiger Zerstreuung, Unruhe, Aufregung und Geistesleere erhält. Sie übt vielmehr in der Regel schon binnen Kurzem, sobald nur die ängstliche Stimmung in Folge der neuen ungewohnten Lage vorüber ist und der erste Sturm der Gefühle und Gewissensregungen sich durch Leistung derselben in das rechte Bett gelegt hat, eine durchaus beruhigende und verständigende Kraft auf die Gemüther, so daß man schon von dieser Seite begreift, wie wenig sie dem Wahnsinn Vorzug thun muß; sie ebnert in der That allseits dem Guten den Zugang und bereitet ihm den gedeihlichen Boden.

Kommt dazu eine zweckmäßige, soviel möglich nach Wunsch und Befähigung der Gefangenen selbst, ihnen zugewiesene Arbeit, eine angemessene Einwirkung der Kirche und Schule, ein genügender geistiger Verkehr, mittelst nicht zu spärlicher Besuche durch die rechten Leute, — vor Allem durch die Vorleser, Zuspätkommen, den Geistlichen, den Lehrer, den Werkmeister, so wie durch andere vollkommen zutrauenswürdige Leute, endlich mittelst des Lesens guter Bücher, welche die mündliche Unterhaltung, wo nicht ganz ersetzen, doch wesentlich ergänzen: — dann lassen sich mit Bestimmtheit gute Früchte erwarten.

Wir glauben, daß schon diese Grundauffassung von der Aufgabe des Einzelhaftsystems und dieser Komplex von geistigen und sittlichen Einwirkungen, welche dabei zur Anwendung kommen, hinreichen, um die Ueberzeugung zu begründen, daß das trostlose Bild, welches in vielfachen Mittheilungen entworfen worden, auf irrthümlichen Voraussetzungen beruht.

Die demnach richtige Erörterung einzelner Bedenken und Vorwürfe wird, wie wir hoffen, diese Ueberzeugung noch bestärken.

## Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 29. Septbr. [Das russ. Manifest; die Grenzregulierung; Reg. R. Bitter; die Donaufürstenthümer-Kommission.] Das durch die „R. Z.“ bekannt gewordene Manifest der russ. Regierung (s. unten) ist schon deshalb von hoher Bedeutung, weil Russland dadurch zum ersten Male wieder auf dem Schauplatz der europäischen Politik erscheint und seinen ehemaligen Widersachern gegenüber eine bestimmte Stellung zu den brennenden Fragen des Tages annimmt. In politischen Kreisen spricht man sich fast ungetheilt dahin aus, daß die russ. Regierung eine günstige Gelegenheit mit Geschick benutzt habe, sich in eine Kontroverse einzumischen, in welcher sie offenbar für die wichtigsten Grundlagen des Völkerrechts und für die Interessen des europäischen Gleichgewichts kämpft. Das ganze Altenglisch handhabt solide Argumente mit so gewandter Dialektik, daß den Gegnern eine Widerlegung schwer fallen muß. Uebrigens sind im Detail manche Feinheiten des französischen Urtheils durch die deutsche Uebersetzung verloren gegangen. Beispielsweise ist die Stelle hervorzuheben, wo auf den heiligen Bund als einen Hort des Völkerrechts hingedeutet und das Bedauern ausgesprochen wird, daß derselbe nicht mehr wie früher fortbestehe, „in seiner alten Kraft“, sagt die Uebersetzung. Allein das Original hat: „in

seiner alten Integrität“ und das Wort intégrité soll wohl unzweifelhaft darauf hinweisen, daß der heilige Bund durch die Desolation Destréichs aufgehört habe ein unversehrtes Ganzes zu bilden. Endlich knüpft sich an das russ. Manifest noch die wichtige Folge, daß nun sowohl der neapolitanischen, als der griechischen Frage ein allgemein europäischer Charakter aufgeprägt ist, so daß ein erneuerter Meinungsaustausch über diese Gegenstände von Seiten der Großmächte kaum zu vermeiden sein dürfte. — Das der „P. C.“ von Jassy her gemeldete Gerücht, daß Russland bereit sei, die in Betreff der neuen Grenze von Bessarabien noch obwaltenden Schwierigkeiten durch die Abtretung von Bolgrad aus dem Wege zu räumen, findet ziemlich allgemeinen Glauben, weil man begreift, daß es in Russlands Interesse liegt, jeder Zögerung in der definitiven Herstellung des Friedensstandes vorzubeugen. Bekanntlich benutzt auch die österreichische Regierung das noch unvollendete Werk der Grenzregulierung zum Vorwande, um die Räumung der Donaufürstenthümer auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Die Nachgiebigkeit Russlands würde daher wohl von Seiten der Konferenzmächte erneute Schritte veranlassen, um den beschleunigten Rückmarsch der österreichischen Truppen zu bewirken. — Der Regierungsrath Bitter, welcher beauftragt ist, als diesseitiger Bevollmächtigter an den Beratungen der europäischen Kommission für Herstellung der freien Donaufahrt Theil zu nehmen, hat so eben seine Reise nach dem Süden angetreten; doch wird er erst nach einem kurzen Aufenthalt in Wien sich nach Galacz, dem Sitz der Kommission, begeben. — Von wohlunterrichteter Seite ist mir heute versichert worden, daß binnen Kurzem auch die Kommission für die Neugestaltung der Donaufürstenthümer ihre Arbeiten beginnen werde.

[Berlin, 29. Septbr. [Vom Hofe; der Ministerpräsident; Börsenkrisis; der Prozeß gegen den Redakteur Lindenberger; Theater.] Ihre Maj. die Königin wohnten gestern Vormittag mit den in Potsdam anwesenden Prinzen und Prinzessinnen dem Gottesdienste in der Friedenskirche bei. Nachmittags war im Schlosse Sanssouci Familientafel, zu der sich auch der Prinz Friedrich und der Prinz Georg um 2 Uhr von hier aus nach Potsdam begaben. Heute war auch der Oberst-Kammerer Graf zu Dohna zur Tafel befohlen. — Die Abreise der Königin nach Zübingen erfolgt morgen früh 9 Uhr von der Wildparkstation aus. — Das Geburtsfest der Prinzessin von Preußen soll morgen in Weimar sehr solenn gefeiert werden; außer dem Prinzen von Preußen und dem Prinzen Friedrich Wilhelm werden auch noch andere hohe Gäste von verwandten Höfen dieser Festlichkeit beizuwohnen. Der Prinz Friedrich will sich am Mittwoch nach Düsseldorf begeben und dort fünf Wochen lang seine Residenz nehmen. Morgen Mittag wird höchsterseits dem Vorstand des hiesigen Vereins gegen Thierquälerei empfangen. — Der Ministerpräsident, der heute Mittag von seinem Gute hieher zurückgekehrt ist und später einer Sitzung des Staatsministeriums beizuwohnt, hat sich Abends zum Könige nach Karlsruhe begeben. Der Chef des landwirthschaftlichen Ministeriums, v. Mantuffel, reist noch in dieser Woche nach der Rheinprovinz.

Die Vorgänge an unserer Börse haben eine ungeheure Sensation gemacht und man spricht von ungeheuren Verlusten, welche verschiedene Häuser und Personen erlitten haben, die namentlich in letzter Zeit mit besonderer Vorliebe den Börsengeschäften nachgegangen sind. Wie es scheint, ist diese Krisis künstlich gemacht, denn schon an den beiden letzten Tagen gingen die Kurse wieder in die Höhe. Daß sie aber überhaupt über unsere Börse losbrechen konnte, hat wohl darin seinen Grund, daß das Geld jetzt ungeheuer theuer ist und der Handelsstand eine zahllose Menge von Verpflichtungen den neuen Unternehmungen gegenüber übernommen hat. Mußten doch allein im Laufe von vier Wochen 38 Ginzahlungen geleistet werden, welche 11 Kreditbanken und 18—20 Bergwerks-Gesellschaften zc. erheischten. Bei dem großen Eifer, sich überall zu betheiligen, mußten die großen Häuser sich Geld durch Wechsel machen, strengten ihren Kredit an und schickten der Bank ihre Wechsel zum Kauf. So war es gekommen, daß das Wechselportefeuille der Bank zu einer Höhe angeschwollen war, wie noch nie zuvor. Sagt man doch, daß die Wechsel 50 Mill. betrugen, und der Lombard belief sich auf 10 Mill. Hieraus nahm die Bank Veranlassung, den Diskonto auf 5 und dann auf 6 pCt. zu erhöhen; sie ließ außerdem im Wechseldiskonto große Einschränkungen eintreten und nahm eine Menge guter Wechsel nicht an, die nun weiter ausgetobten werden mußten und zwar zu einem höheren, als dem offiziellen Diskonto, aber auch so nicht einmal angenommen wurden. Weil nun diese Häuser kein Geld erhalten konnten, so drängten sie sich zum Verkauf ihrer Werthpapiere, und die enorme Anzahl der Verkaufsangebote drückte die Kurse. Das Sinken der Kurse gab den Inhabern von Werthpapieren in den Provinzen den Anlaß, ihre Papiere à tout prix verkaufen zu lassen, und die Contremine vermehrte durch ihre Künste den panischen Schrecken und ließ auf eine Weile die Kräfte weit gefährlicher erscheinen, als sie in der That ist. So war einem hiesigen Banquier aus der Provinz Posen der Auftrag zugegangen, an der Börse polnische Loose anzukaufen; auf dem Wege dorthin empfing er aber die telegraphische Depesche, nicht nur nicht zu kaufen, sondern die vorräthigen polnischen Loose um jeden Preis loszuschlagen. Derartige Vorgänge steigerten die Verwirrung und brachten die Kalamität über unsern Geldmarkt. Wie es heißt, werden die Aktiengesellschaften die bereits ausgeschriebenen Einzahlungen stillen und neue Umschreibungen in der nächsten Zeit nicht vornehmen. Auch soll der Handelsminister um Maßregeln angegangen werden, die eine derartige Kalamität für die Folge verhindern dürfte.

Heut wurde in Potsdam der Prozeß gegen den Redakteur der patriotischen Zeitung zu Minden, Lindenberger, verhandelt. Bekanntlich beruht die Anklage auf einem Briefe, den Lindenberger an den General von Gerlach über den Aufenthalt des Prinzen von Preußen in der Provinz Westphalen geschrieben hat, und der Verläumdungen enthalten soll. Das



Original dieses Briefes existiert nicht mehr; die Abschrift desselben kam bei dem Depeschendiebstahl zum Vorschein. Soviel ich gehört, räumt der Angeklagte ein, den Brief geschrieben zu haben, bestritt aber, die Absicht zu verläumdern, gehabt zu haben. Die Verhandlung mußte auf unbestimmte Zeit verlagert werden, da der General v. Gerlach, welcher als Zeuge vorgeladen war, sich mit seiner Kränklichkeit hatte entschuldigen lassen, und Lindenberger wurde gegen eine Kaution von 100 Thln. der Haft entlassen. Unter den Zeugen befanden sich wiederum der Präsident Seiffart und der frühere Kammerdiener des Generals v. Gerlach, der jetzt Maschinenbauer sein soll. Die Öffentlichkeit war nur eine sehr bedingte. Den Zuhörerraum mußten alle Redakteure und die Vertreter der Presse verlassen; die Berliner hatten sich also umsonst bemüht. — Der General-Intendantur der k. Schauspiele sind in neuester Zeit wieder eine Menge von Kunstprodukten zugegangen; merkwürdig genug, häufen sich jetzt die Trauerspiele. Wilhelm Jordan, der aus Frankfurt a. M. hier anwesend war, hat sein lyrisches Lustspiel: „Die Liebesleugner“ eingebracht, und soll dasselbe angenommen werden. Die Hauptrolle ist bereits der trefflichen Schauspielerin Heuser zugebach.

— [Die Donaufürstenthümerfrage.] Die B. B. Z. meldet: In Folge der Auseinandersetzungen der türkischen Denkschrift über die Donaufürstenthümerfrage, welche sämtlichen Unterzeichnern des Pariser Friedens zugestimmt worden ist, hat man einseitig von der Einberufung der Divans ad hoc Abstand genommen; die Bevollmächtigten der Kommission zur Reorganisation der Donaufürstenthümer haben sich deshalb veranlaßt gesehen, sich an ihre resp. Regierungen um Ergänzung ihrer Instruktionen zu wenden.

— [Obertribunalsentscheidung.] Von dem Obertribunal ist vor Kurzem ein schwebigliches Verfahren deshalb für nichtig erklärt worden, weil dem Angeklagten, der nur der polnischen Sprache mächtig ist, die an die Geschworenen gestellten Fragen nicht verstanden worden; und ihm damit die Gelegenheit entzogen wurde, sich über die Thatsache auszusprechen. Von dem Obertribunal wurde in dieser Unterlassung eine unstatthafte Beschränkung des Verteidigungsrechts erkannt.

— [Die Civilstandsregister für Dissidenten.] In Bezug auf die Führung der Civilstandsregister für die aus der Landeskirche ausgeschiedenen Dissidenten sind bisher von den betreffenden Gerichten mancherlei abweichende Verfahrensweisen beobachtet worden. Vor Allem sind es drei Fragen, über die wesentliche Meinungsverschiedenheiten geherrscht und die deshalb dem Ressortminister Veranlassung gegeben haben, mit Normativbestimmungen vorzutreten. Die Fragen sind folgende: a) Hat das in den Formen des Religionspatentes (Verordnung vom 30. März 1847) bewirkte Ausscheiden der Eltern aus der Landeskirche auch das Ausscheiden der unter 14 Jahre alten Kinder insoweit zur Folge, daß der Tod der letzteren, selbst wenn sie noch vor dem Austritt der Eltern geboren, resp. in der Landeskirche getauft worden sind, in die Civilstandsregister einzutragen ist? b) Findet, im Fall der Bejahung der ersten Frage, dasselbe auch in Betreff der nach vollendetem 14. Lebensjahre verstorbenen Kinder dissidentischer Eltern statt? c) Müssen Kinder von aus der Landeskirche ausgetretenen Eltern, sobald sie nach zurückgelegtem 14. Lebensjahre von der Befähigung zur Eintragung der in ihrer Familie vorkommenden Heiraths-, Geburts- und Sterbefälle in die Civilstandsregister Gebrauch machen wollen, vorher noch ihren Austritt ausdrücklich in den Formen des Religionspatentes erklären, oder ist diese Erklärung dann nicht erforderlich, wenn der Austritt der Eltern vor dem zurückgelegten vierzehnten Lebensjahre erfolgt ist? — In den Normativbestimmungen, welche sich hauptsächlich mit Beantwortung dieser drei Fragen beschäftigen, sind die ersten beiden verneint, die dritte bejaht worden, und zwar aus folgenden Gründen:

Die einschlagenden Stellen des Landrechtes (Theil II. Tit. 2, §§. 74 sqq.), so wie die Deklaration vom 21. November 1803 legen zwar dem Vater die Befugnis bei, darüber zu bestimmen, in welcher Religion seine Kinder unterrichtet und erzogen werden sollen, indeß ist dabei in Ermüdung zu ziehen, daß zur Zeit der Emanzipation jener Vorschriften von Dissidentengemeinden, wie sie die Mängel erzeugt hat, noch keine Rede war, und daß daher, wenn von der Erziehung in einem bestimmten Glaubensbekenntnisse gesprochen wird, nur das einer vom Staate anerkannten Religionsgesellschaft gemeint sein kann. Dazu kommt, daß die dem Vater beigelegte Befugnis nicht etwa eine schrankenlose ist, vielmehr gewissen gesetzlichen Einschränkungen, wie z. B. der, daß die Kinder christlicher Eltern innerhalb sechs Wochen nach der Geburt getauft werden sollen, unterliegt, eine Vorschrift, welche wiederum auf die Voraussetzung basiert, daß Kinder von Christen wieder zu Christen erzogen werden sollen. Diese Bestimmung, die hier als selbstverständlich betrachtet wird, findet an anderen Orten, z. B. im §. 643 I. c. ihre ausdrückliche Bestätigung, indem dort vorgeschrieben ist, daß das von einem Christen mit einer Nichtchristin erzeugte Kind bis nach zurückgelegtem 14. Lebensjahre in der christlichen Religion erzogen werden soll. Ergiebt sich schon hieraus, daß das Recht des Vaters, so lange er noch nicht selbst in gültiger Form aus der Landeskirche ausgeschieden ist, keineswegs soweit geht, daß er willkürlich bestimmen könnte, ob das Kind durch die Taufe der christlichen Kirche einverleibt werden solle oder nicht (§. 131 des Anhanges zu §. 446, Theil II. Tit. 11 Allgem. L. R.), so steht ihm späterhin, wo das Kind in die christliche Kirchengemeinschaft aufgenommen ist, noch weniger die Befugnis zu, die Religion des Kindes willkürlich zu ändern, auch wenn er selbst aus der bisherigen Kirchengemeinschaft ausscheidet. Durch die Vermöge der Taufe bewirkte Aufnahme in die letztere erwirbt nicht allein die Rechte auf das Kind, sondern auch das Kind erwirbt als Angehöriger einer privilegierten Gemeinschaft Rechte persönlicher Art. Beide würden sofort verloren gehen, wenn der spätere Religionswechsel des Vaters ohne Weiteres den Wechsel der Religion des Kindes zur Folge hätte. Das kann aber nicht im Sinne eines für einen christlichen Staat gegebenen Gesetzbuchs liegen. Man dürfte einwenden, daß die Rechte, welche die Kirche durch den Taufakt erlangt, nicht wie geschehen aufzufassen seien, indem sie doch durch die gesetzlich zugesicherte Freiheit der Religionswahl und des Glaubenswechsels alterirt würden. Der Einwand scheint indeß darum nicht begründet, weil jene Freiheit erst mit dem Augenblicke der erlangten Dispositionsfähigkeit beginnt, bis dahin aber das Recht der Kirche auf die ihr durch die Taufe Einverleibten ein unanfechtbares bleibt. Es ergiebt sich dies ganz deutlich aus der Bestimmung des §. 83 Th. II. Tit. 2 Allg. L. R., nach welcher keine Religionsgesellschaft ein Kind vor zurückgelegtem 14. Lebensjahre zur Annahme oder zum öffentlichen Bekenntnis einer anderen Religion, als wozu dasselbe gehört, selbst nicht mit Einwilligung des Vaters, zulassen darf. Wenn diese Beschränkung schon für die öffentlich anerkannten Religionsgesellschaften gilt, wie viel mehr muß sie auf Dissidentengemeinden Anwendung finden. Denn, wenn selbst die Einwilligung des Vaters eine Ausnahme von der Regel sogar in solchen Fällen nicht bewirkt, wo das Kind vor dem 14. Lebensjahre zu einer der öffentlich anerkannten Religionsgesellschaften, der es bisher nicht angehört hat, übertritt, so kann noch weniger die ausdrückliche oder gar nur stillschweigende Einwilligung eines zu der Dissidentengemeinde gehörigen Vaters die Wirkung haben, daß das Kind

dadurch ebenfalls in die Dissidentengemeinde eintritt. Selbst eine etwaige Theilnahme des Kindes an den Religionshandlungen der Dissidentengemeinde, welcher der Vater angehört, kann eine solche Wirkung nicht herbeiführen, weil dazu nach §. 40 Th. II. Tit. 11 des A. L. R. erforderlich ist, daß der Betreffende bereits dispositionsfähig sei. Zu alledem kommt, daß nach dem Patente vom 30. März 1847 der formelle Austritt aus der Landeskirche nur durch eine vor dem Richter von dem Austrittenden persönlich abgegebene Erklärung in gültiger Weise erfolgen kann. Aus der hieraus folgenden verneinenden Beantwortung der Frage ad a) ergiebt sich zugleich die Verneinung der nur für den Fall der Bejahung der ersten Frage aufgestellten Frage ad b). Was endlich die Frage ad c) betrifft, so ist diese im Sinne der ersten Alternative zu beantworten, wie sich dies ebenfalls aus der Beantwortung der Frage ad a) ergiebt. Da nämlich hiernach der Austritt der Eltern den Austritt der Kinder nicht ohne Weiteres nach sich zieht, so ist es natürlich erforderlich, daß letztere, wenn sie später von der Eintragung der bei ihnen vorkommenden Akte der Heirath, Taufe etc. in die Civilstandsregister Gebrauch machen wollen, zunächst den gesetzlichen Erfordernissen genügen, d. h. ihren Austritt aus der Landeskirche persönlich erklären müssen.

T. Thoren, 27. Sept. [Perpetuum-mobile-Schwindel; zur Statistik des Gymnasiums; der Tod des Bischofs von Kulm.] In England soll eine bedeutende Summe als Prämie für die Erfindung eines perpetuum mobile ausgesetzt worden sein. Wahrscheinlich ist das eine Fiktion, aber die Wahrnehmung nicht ihre Wirkung auszuüben. Auch in unserer Stadt und ihrer Umgegend hebricht jene Fiktion Köpfe, welche Anlage zur Mechanik haben, und stachelt sie zur Lösung jener vermeintlichen Aufgabe. Seit einem Menschenalter vernahm man von Zeit zu Zeit von Einzelnen, die sich mit Anfertigung eines perpetuum mobile beschäftigten, auch bekam das Publikum Maschinen zu sehen, die sich einige Zeit bewegten, aber einen bleibenden oder irgend welchen Erfolg hatte keine dieser Experimente. Jetzt wollen sogar zwei, ein Mühlenbesitzer und ein Müllergerelle, jeder für sich, die englische Prämie sich holen. Die Maschine des letzteren soll durch Luftdruck in permanenter Bewegung erhalten werden und einen Ueberfluß von Triebkraft gewähren. Charakteristisch für die besagte Aufgabe ist es, daß sich mit ihrer Lösung immer nur Personen beschäftigten, denen man Erfindungsgabe und Sinn für Mechanik nicht absprechen kann, denen aber doch eine tiefer eingehende physikalische Kenntniß abging. — Am 24. v. M. hatte unter Vorh. des Prov. Schulraths Dr. Schrader aus Königsberg das Abiturientenexamen beim Gymnasium statt. Sieben Schüler hatten sich zu demselben gemeldet, und erhielten fünf von ihnen das Zeugnis der Reife. Seit Erweiterung der Anstalt durch drei Parallelklassen von der Tertia aufwärts, in welchen vornehmlich der Unterricht in den Realwissenschaften erteilt wird, ist die Zahl der Schüler sehr bedeutend gewachsen. Im letzten Quartale des Sommersemesters betrug die Frequenz 334, von welchen die überwiegende Mehrzahl der evang. Konfession angehörte. An der Anstalt unterrichten 17 Lehrer. — Der Tod des Bischofs der Diözese Kulm, Dr. Anastasius Sedlag, hat auch hier das herzlichste Bedauern erweckt, nicht bloß bei den Glaubensgenossen des Heimgegangenen, sondern auch bei anderen Konfessionsverwandten. Allgemein bekannt und geschätzt war sein humaner, dabei strengchristlicher Sinn, der ihn auch zu einem gewissenhaften Seelenhirten seines Sprengels machte. An Anfeindungen seiner seelsorgerischen Thätigkeit als Bischof hat es nicht gefehlt, und so wurde ihm in dieser Beziehung, einmal auch von hier aus, der Vorwurf gemacht, daß er das deutsche Element bevorzuge und das polnische hintersetze. Der Vorwurf war in der That ungerecht. Man wünschte tüchtige polnische Kankelredner; aber die polnische Bevölkerung lieferte und lieferte im Verhältnis zum Bedürfnis nur wenige Persönlichkeiten, welche jener Anforderung entsprechen. Auch deckte die kathol. Bevölkerung der Diözese nicht einmal vollständig das vorhandene Bedürfnis an Geistlichen, und mußte man zufrieden sein, daß sich aus Schlesiens Kleriker fanden, um die vakanten Stellen zu besetzen. Das hieß dann eine Bevorzugung der Deutschen!

**Oesterreich.** Wien, 27. Sept. [Se. Majestät der Kaiser] ist gestern Abends von seiner Reise nach Ungarn wieder in Schönbrunn angekommen.

**Württemberg.** Stuttgart, 25. Sept. [Die Philologenversammlung.] Gestern und heute haben Philologen und Orientalisten ihre Sitzungen fortgesetzt. Die Mitgliederzahl ist inzwischen auf 3—400 angewachsen; unter den Spätlingen befinden sich mehrere Notabilitäten, z. B. Thiersch und einige weit hergekommene Orientalisten. (K. Z.)

**Baden.** Mannheim, 26. Sept. [Ankunft des Großherzogs, der Großherzogin und des Prinzen Wilhelm von Baden.] So eben Nachmittags 3½ Uhr verkündeten 101 Kanonenschüsse die Ankunft des geliebten Fürstenpaares. Eine Flotille feierlich geschmückter Dampfboote mit den Singvereinen der hiesigen Stadt, Jungfrauen und Jünglingen im Festkleide, begrüßten auf der Grenze den erhabenen Fürsten mit der jugendlichen Landesmutter. Zahlreiche Schiffe mit Hunderten von Flaggen und Wimpeln auf dem Rhein; tausendstimmige Begrüßung am ganzen Ufer entlang. Die Stadt im herrlichsten Festschmucke. Der Zug setzt sich unter endlosem Jubelrufe in Bewegung. — Se. Großherz. Hoheit Prinz Wilhelm von Baden ist heute Mittag halb 1 Uhr von Berlin hier eingetroffen. (K. Z.)

Karlsruhe, 27. Sept. Nachmittags 3 Uhr 40 Min. [Einzug des Groß- und der Großherzogin.] So eben verkündet Kanonendonner, in den sich das Geläute aller Glocken mischt, die Ankunft des vielgeliebten hohen Fürstenpaares. Feierlicher Empfang in dem feenhaft verzierten Bahnhof. Der Zug setzt sich in der von dem Programm angegebenen Ordnung in Bewegung. 33. KK. GG. werden mit unermesslichem Jubel auf dem ganzen Wege bis zum Schlosse begrüßt, und danken huldvoll nach allen Seiten. Der Einzug der höchsten Herrschaften in das Großherzogth. Schloß erfolgte kurz nach 4 Uhr. (K. Z.)

**Hessen.** Darmstadt, 28. Septbr. [Das Wahlgesetz.] Das großherzogliche Regierungsbüro bringt das aus dem letzten Landtage mit den Ständen verabschiedete neue Wahlgesetz. Es ist vom 6. Sept. d. J. datirt und besteht aus sechs Abschnitten und 52 Artikeln. Der erste Abschnitt handelt von der Zusammenfügung der Ständeversammlung. Bekanntlich kommt diese wieder ganz auf die Bestimmungen der Verfassung von 1820 zurück. Die Stände bilden zwei Kammern. Abschn. 2 handelt von der Stimmberechtigung, der Wählbarkeit und den Bedingungen für den Eintritt in die Ständeversammlung. Urmähler ist jeder 25 Jahr alte Staatsbürger, welcher Personalfsteuer zahlt. Um Wählmann werden zu können, muß man ein Normalsteuerkapital von 118 fl. haben. Um zum Abgeordneten der Städte oder Wahlbezirke gewählt werden zu können, muß man entweder ein Normalsteuerkapital von 550 fl., oder 1000 fl. fixe Befoldung vom Staate, oder nachweislich ein Einkommen von mindestens 1000 fl. aus großherzogl. Staatspapieren haben. Mit-

glieder der Ministerien können nicht gewählt werden, ebenso Lokalbeamte nicht in ihren Amtsbezirken. Aktive großherzogl. Civil- und Militärbeamte, Offiziere und Geistliche, welche zu Abgeordneten gewählt werden, bedürfen zum Eintritt in die Ständeversammlung des Urtheils der Staatsregierung. Die folgenden Abschnitte handeln speziell von der Wahl der verschiedenen Abgeordneten, und führen noch allgemeine Bestimmungen an. Es steht zu vermuthen, daß nun sehr bald die Wahlen nach diesem neuen Gesetze angeordnet werden. (K. Z.)

**Sächs. Herzogth.** Altenburg, 25. Septbr. [Die Versammlung deutscher Realschulmänner] wurde heute Morgen um 9 Uhr in der prachtvollen Aula des Josephinums eröffnet, die Realschule tagte unter dem gaslichten Dache des Gymnasiums. Nachdem Direktor Vogel aus Leipzig zum Präsidenten, Direktor Kühner aus Frankfurt a. M. und Prof. Lange aus Altenburg zu Vicepräsidenten gewählt worden waren, hielt Oberlehrer Körner aus Halle einen Vortrag über das Prinzip des Realschulunterrichts, worin er die Befürchtung zu begründen suchte, daß die Realschule, namentlich die preussische, in ihrer gegenwärtig zu Tage tretenden Tendenz den Bildungsbedürfnissen des Standes, dem sie diene, vorausgreife und dadurch wieder Bildungsbedürfnisse und Ansprüche wecke, welche im späteren Leben zu einem Zwiespalt zwischen Bildungsstand und Berufsführung führen. Dem entgegen wurde (von Nichtpreußen) die Instruktion des preussischen Ministeriums Altenstein vom Jahre 1832 als der Grundstein bezeichnet, auf dem nicht nur das preussische, sondern das deutsche Realschulwesen überhaupt sich erbaut habe, und wurde darauf hingewiesen, daß der aus der kulturellen und sozial-politischen Entwicklung der neueren Zeit hervorgegangene höhere Bürgerstand (eben so wohl das Kind, als der Träger der modernen Bildung) von der Realschule (höheren Bürgerschule) eine allseitige Befriedigung seiner Bildungsbedürfnisse erwarten müsse. Ein zweiter Vortrag des Lehrers Kesperlein aus Dresden verbreitete sich über die Idee der Handelschule, als deren Prototypus die Handelschule in Dresden (jedenfalls mit einer außerordentlichen Voreingenommenheit! D. Red.) hingestellt wurde. Die Mehrzahl der Versammlung neigte sich der Meinung zu, daß die allgemeine Vorbildung des Handelsstandes der Aufgabe der Realschule zuzumessen, die spezielle Fachbildung aber der praktischen Lehre zu überlassen sei; es wurde gewarnt, die Bildungsbedürfnisse des Handelsstandes von der Schulschule her theoretisch bestimmen zu wollen, und namentlich darauf hingedeutet, wie der Frankfurter Handelsstand, der in seiner Bildung und seinem Erfolg mit dem Dresdener und jedem anderen sich wohl messen könne, weit mehr durch allgemeine Bildung, als durch spezielle Dressur sich entwickelt habe. — Die Spitzen der Behörden, die Minister v. Jarisch und Rierer, Präsident und Räte des Konsistoriums etc. wohnten dem ganzen Verlauf der Versammlung, so wie dem Mittagsmahle bei, das durch ernste und heitere Trinksprüche belebt wurde. Unter den Anwesenden bemerkten wir Schulrath Benzig aus Prag, Direktor Kaiser und Prof. Engel aus Wien, Prof. Hjort aus Kopenhagen, Prof. Herrig aus Berlin.

## Großbritannien und Irland.

London, 27. Septbr. [Smith O'Brien.] Gines der in America erscheinenden Blätter sagt, es sei nichts wahrscheinlicher, als daß in der Provinz Munster bei der nächsten Parlamentsauflösung die Wahl zum Abgeordneten im Hause der Gemeinen in zwei, wenn nicht in drei Wählerchaften auf Smith O'Brien, gleichviel, ob er seine Einwilligung dazu gebe oder verjage, fallen werde.

— [Schiffsbau.] Die Schiffbaumeister Charles Mitchell und Comp. zu Walker on the Tyne lassen gegenwärtig fünf eiserne Rad-Dampfer von eigenhümliger Bauart und geringem Tiefgang anfertigen. Dieselben sind dazu bestimmt, einen Theil einer bedeutenden Flotte eiserner Schleppdampfer zu bilden, die in England für die ägyptische Schlepp-Dampfschiffahrts-Gesellschaft errichtet wird, eine Gesellschaft, welcher der Vicekönig von Aegypten vor Kurzem sehr liberale Konzessionen gemacht hat. Diese Dampfer werden dazu verwandt werden, lange Züge von Leichtern, die Korn und andere zur Ausfuhr bestimmte Waaren tragen, nach Alexandria zu bringen.

## Frankreich.

Paris, 26. Septbr. [Gegen hierarchische Gelüste; der preuß. Gesandte.] Schon bei Gelegenheit der Anwesenheit des Erzbischofs von Bordeaux, Donnet, in Biarritz, war derselbe beauftragt worden, dem „Univers“ und demjenigen Theile des Episkopats, der sich auf seine Seite gestellt, entsprechende Winke darüber zu erteilen, daß es in Frankreich eine gallikanische Kirche gebe und daß die Privilegien derselben namentlich auch das Ober-Aufsichtsrecht des Staates in Kirchen-sachen ausdrücklich gewährt seien. Damals deutete ich Ihnen an, daß der Kaiser die Angriffe des „Univers“, und mit ihnen harmonisirend diejenigen des Bischofs von Arras gegen die gemischten Schulen über vermehrt habe, da diese Angriffe sich direkt gegen die staatliche Gesetzgebung über das Unterrichtswesen richteten. In solchen Dingen versteht der Kaiser keinen Spaß, und es lag schon in der Ernennung des neuen Unterrichtsministers Rouland an Stelle des verstorbenen Fortoul, die Absicht klar ausgeprochen, den ultramontanen Extravaganzen einen Rappsaum anzulegen. Unter diesen Umständen ergreift man denn unbedenklich eine Gelegenheit, dem die weltliche Gesetzgebung wenig respektirenden Unübersichtlichen Episkopat einen Avis zugehen zu lassen und benutze dazu die von einer Anzahl Familien innerhalb des kirchlichen Sprengels des Bischofs von Arras geäußerten Besorgnisse, daß nach dem Hirtenbriefe desselben ihre Kinder an dem Religionsunterricht in den gemischten Schulen behindert werden würden, mittelst eines vom „Moniteur“ mitgetheilten Schreibens des Ministers für Kultus und öffentlichen Unterricht an den Rektor der Akademie von Donai (J. Nr. 229). Sie können sich leicht denken, daß dieses Schreiben des Ministers Rouland keine geringe Sensation bei unseren ultramontanen Bischöfen gemacht hat und daß diese sammt dem Unübersichtlichen ein wenig die Ohren hängen lassen. — Der diesseitige Gesandte Ihres Hofes, Graf Hatzfeldt, weilt immer noch in Biarritz, wo derselbe sich nach wie vor der schmeichehastesten Aufmerksamkeit zu erfreuen hat. Wie ich höre, hat der Kaiser dem Grafen Hatzfeldt die entgegenkommendsten Versicherungen in Betreff der Verwendung Frankreichs für die gefangenen Neuenburger Royalisten sowohl, als auch in Betreff der Mitwirkung Frankreichs zu einer Erledigung der Neuenburger Frage erteilt, die dem Rechtsanspruch Preußens entsprechend sein würde. (B. B. Z.)

Paris, 27. Septbr. [Eisenbahnen; das Evolutionsgeschwader; österreichische Flotille; Verschiedenes.] Der Bauminister Rouher ist in Begleitung des Obergenerals Franquille nach Bordeaux abgereist, um die Frage wegen Vereinigung der Südbahn mit der Paris-Bordeaux-Bahn zur Erledigung zu bringen. — Der zum Unterbefehlshaber des Evolutionsgeschwaders ernannte Contre-Admiral Lavand wird seine Flagge auf dem Liniendampfer Trouville aufpflanzen, der seither unter den für die Expedition nach Neapel bezeichneten Schiffen



nicht genannt wurde. Letztere hatten zu Toulon des Befehls, in See zu stechen. — Zu Marseille ist die Nachricht eingetroffen, daß das aus acht Kriegsschiffen bestehende österreichische Geschwader, welches vor Neapel kreuzen soll, zu Malta angelangt war. — Der Präsekt des Gers-Departements hat die Erneuerung der Kartoffelsteuere im ganzen Departement angeordnet und den Ackerwirthen zu diesem Behufe 20,000 Hektoliter Kartoffeln aus der Bretagne zur Verfügung gestellt. — Aus Marseille vom 24. September wird gemeldet, daß die Kornzufuhr seit zwei Tagen 70,000 Hektoliter betrug. — Zu Konstantin und Setif wurden abermals zwei Erdstöße verspürt.

[Ultimatum und Ultimatum; die neuen Konferenzen; Finanzkrisis; Wohnungsmangel.] Die neapolitanische Frage ist noch immer beim Alten; zu Toulon ankert nach wie vor die Flottendivision des Viceadmiral Trehouart, und wiegt sich träumerisch an den schweren Ketten hin und her, die keine aus Paris eintreffende Zauberformel in Gestalt eines Befehls zum Absegeln lösen will; ja selbst das ist noch nicht einmal beweiskräftig festgestellt, ob ein Ultimatum nach Neapel unterwegs sei oder nicht (s. unten). Wäre dies aber auch der Fall, so bedenken Sie gefälligst zweierlei: Einmal wird das Ultimatum eine entsprechende Frist enthalten, um dem König Ferdinand Zeit zu lassen „darüber nachzudenken“. Bierzehn Tage würden dazu wohl hinreichen und es fragt sich weiter, was nach Ablauf dieser Frist geschehen wird. Wir können somit: zweitens auf die Betrachtung, daß es noch gar nicht nötig ist, daß jene Frist eine vollständig peremptorische sei, und daß auf ein geforderter kategorischer Ja oder Nein sofort das Absegeln der Kriegsschiffe nach dem Golf von Neapel erfolgen müsse. Sie erinnern sich ohne Zweifel noch aus der Zeit des orientalischen Krieges der diplomatischen Merkwürdigkeit, daß Oesterreich ein Ultimatum an Rußland abgehen ließ und doch noch Zeit und Muße fand, ein Ultimatum hinterdrein folgen zu lassen. Wenn sich nun auch nicht gerade Alles im Leben wiederholt, so kann doch, was einmal geschehen, noch einmal passiren, und da Oesterreich so früh die Bahn für den merkwürdigsten Superlativ gebrochen hat, den je ein diplomatisches Tacten-Wörterbuch aufzuweisen gehabt, so ist nicht einzusehen, warum Frankreich und England von dieser Erfindung nicht auch beliebigen Gebrauch machen sollten? Aus Furcht vor dem berühmten Sprachreinigungs-Verein werden sie es jedenfalls nicht unterlassen. Ob, wie behauptet wird, ein österreichisches Geschwader, das schon in Malta ist, sich eventuell dem Englisch-Französischen anschließen, ja auch ein Paar sardinische Kriegsschiffe sich ebenfalls vor Neapel einfänden würden, vermag ich nicht zu entscheiden. Der Gesichtspunkt dieser Gemeinsamkeit ließe sich übrigens allenfalls aus den Verhandlungen der pariser Konferenzen deduziren, da auf denselben, und namentlich der vom 8. April die italienische Frage und speziell die neapolitanische als eine solche hingestellt wurde, welche sämtliche Paciscenten des Pariser Friedens gleichmäßig betreffe. Es ließe freilich, so viel Oesterreich betrifft, ein wenig Inkonsistenz dabei mit unter, indem gerade Oesterreich in der erwähnten Konferenz den Theilnehmern an derselben das Recht bestritt, sich in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates zu mischen. Auf ein wenig mehr oder weniger Inkonsistenz wird es aber vermuthlich Oesterreich auch nicht eben ankommen. Die Behauptung wird immer von Neuem und zuverlässiger aufgestellt, daß die zweiten Bevollmächtigten der Paciscenten des Pariser Friedens binnen Kurzem wieder in Konferenzen zusammentreten würden, in denen alle noch schwebenden Fragen, auch die Neuenburger, zur Erledigung gebracht werden würden. Vielleicht findet selbst dieser Zusammentritt noch früher statt, ehe die Flotte Zeit gehabt hat, von Toulon auszulassen. — Die Anwesenheit des Finanz- und Bauministers, Magne und Rouher in Biarritz bringt man mit den gegen die steigende Finanzkrisis und den Wohnungsmangel zu ergreifenden Maßregeln in Verbindung. Wegen Beschaffung wohlfeiler Wohnung für die Arbeiter ist auch die Stadt Paris Willens, ein neues Anlehen aufzunehmen, das ihre Schulden freilich noch bedeutend steigern muß. (B. B. 3.)

Paris, 28. Septbr. [Die Note nach Neapel] ist noch nicht abgeendet. Man will wissen, daß wegen Nichtübereinstimmung des engl. und franz. Kabinetts in Betreff der Redaktion derselben, die Absendung suspendirt worden sei.

## Niederlande.

Haag, 26. Sept. [Die Unterrichtsfrage.] Die gestrige Sitzung der zweiten Kammer war ganz der Diskussion über den die Unterrichtsfrage betreffenden Paragraphen der Antwortadresse gewidmet, welche noch nicht beendet ist, sondern heute und voraussichtlich noch länger dauern wird. (Wir geben zum Verständnis der wichtigen Frage die Diskussion ausführlicher; kurz hatten wir die Sachlage schon früher erwähnt. D. Red.) Der Kampf war heftig, und bis jetzt hat es nicht den Anschein, als ob die Majorität, nachdem sie die allgemeine Tendenz der Adresse genehmigt, den fraglichen, für das Kabinet sehr feindlichen Paragraphen fallen lassen werde. Es verlauten schon verschiedene Muthmaßungen über die Folgen, welche die Annahme dieses Paragraphen haben kann; Manche sprechen von einer Ministerkrisis, Andere von einer Auflösung der Kammer und einer Berufung an die Wähler. Dem Vernehmen nach wurde der Justizminister, der Chef des Kabinetts, gestern vom Könige in Privataudienz empfangen und hatte mit Sr. Maj. eine längere Konferenz. Derselbe hat in der gestrigen Sitzung Mittheilungen gemacht, welche zum ersten Mal ein offizielles Licht über die Ursachen der jüngsten Kabinettsveränderung verbreitet haben. Es erhellt daraus, daß die Veranlassung dazu lediglich in der Unterrichtsfrage zu suchen ist, indem der König wiederholt erklärt hatte, daß er dem von dem vorigen Ministerium vorgetragenen Unterrichtsgesetz, auch wenn es von den Kammern angenommen würde, die königliche Sanction zu verleihen Anstand werde nehmen müssen, wegen der Beschwerden, welche viele achtungswerthe Bürger gegen jenes Gesetz erhoben hätten, und daß die betreffenden Minister es von ihrem Standpunkte für unmöglich erachtet hätten, dem Wunsche des Königs zu willfahren, um nämlich diesen Beschwerden abzuhelfen, oder wenigstens ein Mittel dazu zu suchen. Diese Aufgabe hat das im Juli aufgetretene Ministerium übernommen, über dessen politische Richtung der Justizminister hauptsächlich folgendes sagte: „Es ist keine nagelneue Politik, welche dieses Kabinet bezieht. Die Richtung seiner Politik wird durch die Ereignisse bestimmt, welche seine Bildung veranlassen. Der Gedanke des Königs war ohne Zweifel ein Gedanke der Versöhnung, gegründet auf die Erkenntnis der Wahrheit, daß das vorgeschlagene Unterrichtsgesetz bei Vielen Gewissenskrupel erregt hat. Das Kabinet muß also seine Kraft suchen in einer Politik der Versöhnung, deren Streben ist: Wunden zu heilen und Zwietracht zu beseitigen. Diese Politik darf nicht exklusiv sein, weil der Exklusivismus gegen den Begriff der Versöhnung streitet; sie darf sich keiner der bestehenden Parteien anschließen, sondern muß sich Kraft ihres Prinzips über die Parteien stellen, um durch ihre Leitung das Wahre und Gute, welches bei jeder derselben zu finden ist, dem Wohle des Vaterlandes dien-

bar zu machen; sie kann nicht reaktionär sein, weil sie dadurch mit ihrem eigenen Prinzip der Versöhnung in Widerspruch gerathen, die Aktualität der Zustände verkennen und sich idealistisch zurücksetzen würde in unwiderstehlich verschwundene Zeiten und Begriffe, welche nicht länger der Ausdruck der Individualität des jetzt lebenden niederländischen Volkes sind.“ Schließlich gab der Minister die feierliche und ausdrückliche Versicherung, daß das Kabinet sich die Erreichung seines Zieles nicht als möglich vorstellt ohne die höchste Ehrerbietung und innigste Ergebenheit gegen die grundgesetzlichen Einrichtungen, und daß es nicht entfernt den Gedanken hegt, auch nur ein Haar breit von der Verfassung abzuweichen. (R. 3.)

## Belgien.

Brüssel, 24. Sept. [Der Zollkongreß.] Die heutige dritte Sitzung (den Schluß des Kongresses haben wir schon gestern gemeldet; d. Red.) brachte die Fortsetzung der Diskussion des zweiten Punktes des Programmes, nämlich der Hindernisse, welche der Ausbreitung der Handelsverbindungen in den einzelnen Ländern entgegenstehen. Es sprach über diesen Punkt heute zuerst Hr. Vickersdyck (Ulrecht). Der Redner nannte unter den Hindernissen, welche in seinem Vaterlande bestehen, die fiskalischen Zölle, welche häufig in wahre Prohibition ausarten, ferner die Rheinzölle, welche er insbesondere den kleinen deutschen Staaten und auch Preußen zur Last legt, welcher letztere Staat, gegen den Geist der Verträge, die mediatirten Fürsten durch Anweisungen auf die Rheinzölle entzweitigt habe; er nannte ferner den Sundzoll und endlich die Erfindungspatente, welche letztere er den Zöllen völlig assimilirt; zur Verhütung der Erfindung fügt er hinzu, daß er verlange, daß die verdienstvollen Erfinder eine Belohnung aus Staatsmitteln erhalten. — Ihm folgte ein Pole, dessen Namen ich nicht verstehen konnte, der aber als Delegirter des Institut national de Genève spricht. Dieser Redner spricht speziell von den Hindernissen, welche in der französischen Schweiz obwalten; er bezeichnet als solche die lästigen Zollkassen und Zolllisten der Nachbarstaaten, die Wege- und Brückengelder in der Schweiz, welche eigentlich einen Schutzolltarif konstituiren, endlich das vor Kurzem von der Schweizer Bundesversammlung angenommene Maß- und Gewichtsgesetz, welches sich weit von dem bequemen metrischen Systeme entferne. Eine gewisse Divergenz macht der folgende Vortrag eines Spaniers, Abgeordneten der spanischen Centralgesellschaft der Viehzüchter; dieser Herr trat als Vertheidiger der Schutzzölle auf und erregte durch seine Rede weniger den Unwillen der Versammlung, als den seiner eigenen Landsleute, deren Expektationen ganz geeignet waren, uns Nordländern den handgreiflichen Kommentar zu den parlamentarischen Szenen zu geben, von denen uns häufig die Madrider Berichte über die Cortes erzählen. Hiernach schritt nun der Kongreß zu dem dritten Theile seines Programms, nämlich zu der Diskussion der zahlreichen Motionen, welche ihm unterbreitet sind. Ich beschränke mich darauf, die wichtigsten dieser Propositionen mitzutheilen. Vor allen Dingen ist des Beschlusses zu erwähnen, wonach in Brüssel ein permanentes Centralkomitee für die Verwirklichung der Zwecke des Kongresses eingesetzt werden soll; dieses Komitee wird in jedem Lande einen Korrespondenten haben und die Kosten sollen durch Beiträge von mindestens 12 Francs, aller Anhänger der Zollreform aufgebracht werden. Andere Anträge, welche vom Kongresse heute genehmigt wurden, sind: die radikale Abänderung der Papstpolizei und Pafsegegebung, die Einführung eines gemeinsamen Maß-, Gewicht- und Münzsystems, die Einführung eines gemeinsamen internationalen Gesetzes für Post-, Eisenbahn- und Telegraphenwesen, und namentlich für die gleichmäßige Tarirung der Briefe; der Wunsch, daß die verschiedenen Staaten Europa's zu einer Zollreform schreiten mögen, ohne dabei auf gegenseitige Konzessionen anderer Staaten Rücksicht zu nehmen; endlich der Wunsch, daß in den verschiedenen Staaten die Wissenschaft der Nationalökonomie zum allgemeinen Unterrichtsgegenstand nicht nur an den Hochschulen, sondern auch in den Sekundär- und Primärschulen erhoben werden möge. Die Diskussion dieses Antrags gab zu einem hitzigen Zwischenfalle Veranlassung; ein Pole hatte nämlich bei dieser Gelegenheit Ausfälle gegen den philosophischen Unterricht in Frankreich gemacht. Diese Gelegenheit benutzte ein Delegirter der Handelskammer in Marseille, um in sehr feuriger und heftiger Weise Frankreich gegen die mancherlei Angriffe in Schutz zu nehmen, denen es seit drei Tagen ausgesetzt gewesen; der Präsident nahm hieraus Veranlassung, die Worte des Polen als imprudences zu bezeichnen. Die morgende letzte Sitzung wird noch eine Reihe von weiteren Anträgen bringen. Zum Schluß will ich noch einer Brochure erwähnen, welche dem Kongresse übersandt worden ist, sie hat den Titel: les principes du bien-être, und ihr Verfasser ist der neapolitanische Polizeiminister; als der Sender dieser Schrift genannt wurde, brach die Versammlung in ein homerisches Gelächter aus. Diesen Abend giebt die Société royale de la Grande Harmonie dem Kongresse ein Ballfest, bei welchem auch der König und die k. Familie erscheinen werden. (R. 3.)

[Der homöopathische Kongreß] hat am 24. d. M. eine vorbereitende Sitzung gehalten; das Bureau ist auf folgende Weise zusammengesetzt worden: Ehrenpräsidenten Bönninghausen, von Münster; Peters, von Paris; Varlet, von Brüssel. Präsident: Carlier, von Brüssel. Vicepräsidenten: Simon (Water) von Paris, und Chargé von Marseille.

## Schweiz.

Bern, 26. Sept. [Der Bundesrath über die Erhebung in Neuenburg; Beschluß des Neuenburger-Großrathes.] Aus der Hofstadt des Bundesrathes an die Bundesversammlung über die Neuenburger Ereignisse folgen hier die wichtigsten Stellen. Nach einem kurzen Ueberblick des Geschehenen giebt die Behörde in ihrer Hofstadt folgende Erklärung: „Von den diplomatischen Vertretern anderer Mächte sind keinerlei Schritte gegen uns dieser Sache wegen gethan worden, ausgenommen, daß verschiedene derselben ihre Stellung benutzten, sei es offiziell oder offiziös, Milde gegen die Verhafteten zu empfehlen. Wir konnten aber in dieser Beziehung uns ruhig auf die allseitig konstairte Thatsache berufen, daß gegen die Gefangenen alle unter diesen Umständen nur zulässige Humanität beobachtet werde. Sollen wir schließlich noch den Standpunkt bezeichnen, von dem aus allfällige diplomatische Verhandlungen zu pflegen sein möchten, so können solche nach unserer Ansicht nur auf der Grundlage stattfinden, daß die vollständige Unabhängigkeit des Kantons Neuenburg von jedem auswärtigen Verbände anerkannt wird. Jede Eröffnung, die nicht auf dieser Basis beruht, werden wir des Bestimmtesten zurückweisen. Wir sind ferner der Ansicht, daß es nicht in unserer Stellung liegt, die ersten Schritte zu thun. Mittlerweile wird die angehobene Justiz ihren gesetzlichen Gang ruhig fortsetzen, und um jede Störung der Justiz von vorn herein abzuschneiden, und jeden Versuch, in dieselbe einzugreifen, sofort zu beseitigen und im Keime zu ersticken, wird es nötig und zweckmäßig sein, den Kanton Neuenburg bis auf Weiteres, namentlich bis zum Schluß der Untersuchung, noch mit eidgenössischen Truppen besetzt zu halten.“ Diese Erklärung des Bundesrathes bedarf hinsichtlich der Stellung, welche die Schweiz in Behandlung der Neuenburger Frage einnehmen wird, keines Kommentars; die Er-

klärung ist um so gewichtiger, als sie in einem Momente abgegeben wird, wo der Bundesrath sich der Zustimmung der in Bern weilenden Mitglieder der Bundesversammlung leicht verschern konnte. Ueber die Ausdehnung des Prozesses selbst enthält die Hofstadt den unzweideutigen Wink, welche Gestalt die Sache vor den Aussen annehmen werde. Denn der Bundesrath erklärt, sich bei Anhebung der gerichtlichen Untersuchung nur deshalb lediglich auf die Artikel 45, 52 und 73 Litt. D. des Bundes-Strafrechts gestützt zu haben, weil er damals über den Umfang und die Bedeutung der Ereignisse in Neuenburg noch nicht im Klaren war. „Es blieb damals nur zu erwägen übrig, sagt die Hofstadt, ob überhaupt eine gerichtliche Ueberweisung statzufinden habe, und hierzu lieferten die zitiirten Gesetzesartikel bereits hinlänglichen Stoff. Dagegen wird es aber Sache des Generalanwalts, der Anklagekammer und endlich des entscheidenden Gerichtes sein, in Erwägung zu ziehen, welche Artikel des Strafgesetzes anzuwenden sein möchten.“ Die bundesrathliche Hofstadt wurde heute im Nationalrathe eröffnet, welcher auf den Antrag des Hrn. Stockmar beschloß, durch sein Bureau eine Kommission niederlegen zu lassen, die bei dem Beginn der morgenden Sitzung Berichte und Anträge vorzulegen hat. Es bleibt noch zu melden übrig, daß auf Anordnung des Bundesrathes die im Kanton stehende Artillerie, so wie die Scharfschützen auf den 26. d. entlassen sind. Es bleiben als Okkupationstruppen dort noch ein Bataillon Berner und ein Bataillon Waadtländer. Die Bundesversammlung hat bereits den erforderlichen Kredit von 140,000 Francs bewilligt. Nachschrift. Die nationalrathliche Kommission zur Begutachtung der Neuenburger Frage besteht aus den Abgeordneten: General Dufour als Präsident, Dr. A. Escher, Biola, Blanchenay und Hungerbühler. — Gestützt auf ein Dekret des Gr. Rathes vom 30. Jan. 1849, hat der Staatsrath von Neuenburg folgenden Beschluß gefaßt: §. 1. Jeder Beamte der Republik, der überführt wird, in irgend einer Weise an der royalistischen Erhebung vom 3. Sept. Theil genommen zu haben, wird abgesetzt. §. 2. Der Staatsrath wird, sobald er es für angemessen findet, für Ersetzung der durch vorstehendes Dekret entlassenen Beamten Sorge tragen. (R. 3.)

[Anträge des National- und Ständerathes in Betreff Neuenburgs; zum Neuenburger Prozeß.] Die Kommission des Nationalrathes stellt in Betreff der Neuenburger Angelegenheit folgende Anträge: Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft; „Nach Einsicht der Hofstadt des Bundesrathes vom 23. September, betreffend den Aufstand im Kanton Neuenburg, sammt Beilagen, beschließt: 1) Die Neuenburger, welche aus eigener Kraft die republikanische Verfassung ihres Kantons und dadurch auch die Integrität gesammter Eidgenossenschaft behauptet, haben sich um das Vaterland verdient gemacht. 2) Das vom Bundesrathe in dieser Angelegenheit beobachtete Verfahren wird gutgeheißen, und der Bundesrath eingeladen, auf der von ihm eingeschlagenen Bahn fortzuwandeln (Hrn. Dufour, Escher, Blanchenay, Hungerbühler).“ Nachdem der Nationalrath heute beschloffen hatte, morgen die Session zu schließen, empfahl General Dufour als Berichterstatter die Kommissionsanträge, betreffend die Neuenburger Angelegenheit (s. oben). Dr. v. Gengenbach stellte zum zweiten Theile des Kommissionsantrages folgendes Amendement: „Der Bundesrath ist eingeladen, gegenüber der Krone Preußen und den übrigen europäischen Großmächten die geeigneten Schritte zu thun, daß die Unabhängigkeit Neuenburgs auf Grundlage der Bundesverfassung und der Kantonsverfassung von 1848 anerkannt wird.“ Der Antragssteller hofft auf diese Weise eine leichtere und befriedigendere Beilegung des Konfliktes herbeizuführen. Am Bunde sei es, die Initiative zu ergreifen, und zwar hauptsächlich aus dem Grunde, damit nicht Hunderte vor die Aussen geführt, und nicht Männer von ausgezeichnetem Charakter in die Zuchthausjacke gesteckt werden. Zum Schluß folgte noch eine warme Fürsprache für Hr. v. Bourlales. Diesen Standpunkt unterstützte Regierungsrath Blösch von Bern. Dagegen sprachen Dr. Escher, Hungerbühler und Dr. Schneider. Dr. v. Gengenbach zog in Betracht der allgemeinen Situation sein Amendement zurück, so daß der Antrag der Kommission ohne Gegenstimmen angenommen wurde. Der Ständerath hat sich dem Beschlusse des Nationalrathes angeschlossen, und zwar einstimmig. — Die Kriminalkammer, welche den Prozeß in Neuenburg zu leiten hat, besteht aus den Bundesrichtern Zen-Ruffinen (Wallis), Gasson (Freiburg) und Jäger (Aargau); Gefazmäner: Lak und Aepf. Anklagekammer: Pfyster, Beumer und Casoldi.

## Spanien.

Madrid, 22. Septbr. [Kampf gegen die Mauren.] Nach Privatbriefen waren bei dem verunglückten Ausfälle aus Melilla die Verluste der spanischen Truppen weit beträchtlicher, als der Gouverneur, der selbst verwundet wurde sie angab. Die „Epoca“ spricht von einer Expedition, die aus 5—10,000 Mann bestehen würde, und nicht blos die Mauren züchtigen, sondern sich auch der früher im Besitze der Spanier gewesen Gebietsstrecken und Stellungen in der Nähe von Melilla und Ceuta bemächtigen solle, um dieselben dauernd besetzt zu halten.

## Portugal.

Lissabon, 18. Septbr. [Geburtstag des Königs.] Dem französischen „Moniteur“ wird geschrieben: Das erste Jahr der Regierung des jungen Königs Dom Pedro ist vorüber; die ganze Bevölkerung von Lissabon hat den Geburtstag desselben mit Enthusiasmus gefeiert. Am 16. d. Abends war die ganze Stadt illuminirt. Um 1 Uhr begaben sich sämtliche Mitglieder des diplomatischen Korps in einen der Säle im Palais das Necessidades, um dem König ihre Glückwünsche darzubringen.

## Rußland und Polen.

Moskau, 13. Sept. [Ein ministerielles Rundschreiben.] Aus verschiedenen europäischen Hauptstädten verlautete bereits von dem an die diplomatischen Vertreter Rußlands im Auslande gerichteten Rundschreiben, in welchem Rußlands neuer Minister der auswärtigen Angelegenheiten gegenüber den anderen Mächten über die leitenden Grundsätze der russischen Politik sich auspricht. Die „R. 3.“ ist im Stande, dieses Aktenstück in einem Wortlaute mitzutheilen, den sie für authentisch halten darf: „Moskau, 2. Septbr. 1856. Der zu Paris am 18. (30.) März unterzeichnete Vertrag, welcher einem Kampfe ein Ende machte, dessen Verhältnisse sich mehr und mehr auszudehnen drohen, und dessen Ausgang kein menschliches Auge voraussehen konnte, hatte die Bestimmung, den normalen Zustand der internationalen Beziehungen in Europa wieder herzustellen. Die gegen uns verbündeten Mächte hatten die Wahrung vor dem Rechte, und die Unabhängigkeit der Regierungen zum Wahlspruch genommen. Wir wollen hier nicht noch einmal auf eine historische Prüfung der Frage eingehen, bis zu welchem Grade die Haltung Rußlands den einen oder den anderen dieser Grundsätze gefährdet haben würde. Es liegt nicht in unserer Absicht, eine unfruchtbare Diskussion anzuregen. Es ist uns vielmehr darum zu thun, dieselben Grundsätze zur Anwendung zu bringen, welche die Großmächte Europa's proklamir-



ten, als sie sich direkt oder indirekt als unsere Gegner hinstellten, und wir rufen sie um so lieber in's Gedächtnis zurück, als sie niemals aufgehört haben, die unsrigen zu sein. Wir begehen gegen keine der europäischen Mächte die Ungerechtigkeit, vorauszusetzen, daß es sich damals nur um eine durch die Verhältnisse gebotene Parole (mot d'ordre de circonstance) gehandelt habe, und daß jetzt nach beendigem Kampfe ein Jeder sich berechtigt glaube, ein seinen besonderen Interessen und Berechnungen entsprechendes Verfahren einzuschlagen. Wir klagen Niemanden an, sich jener großen Worte als einer Waffe bedient zu haben, die man augenblicklich nötig hatte, um dem Kriegsschauplatz eine größere Ausdehnung zu geben, und welche man dann in den Staub des Arsenals bei Seite werfen konnte (qu'on dépose ensuite dans la poussière de l'arsenal). Im Gegentheil, wir ziehen es vor, die Ueberzeugung beizubehalten, daß alle Mächte, welche sich zu jenen Grundfätzen bekannten, es damit vollkommen redlich und aufrichtig meinten und daß sie wirklich die Absicht hatten, diese Grundfätze in allen Fällen zur Anwendung zu bringen. Hieron ausgehend, müssen wir voraussetzen, daß alle Mächte, welche an dem letzten Kriege Theil genommen haben, ebenso wie der Kaiser, unser erhabener Gebieter, die Absicht hatten, den allgemeinen Frieden zum sichersten (stable) Anhaltspunkte der Wiederherstellung von Beziehungen zu machen, welche sich auf die Achtung vor dem Rechte und die Unabhängigkeit der Regierungen gründeten. Hat diese Hoffnung sich erfüllt? Sehen wir den Normalzustand der internationalen Beziehungen wieder hergestellt? Ohne auf ein kleinliches Detail in Bezug auf einige Fragen von uniegeordneter Bedeutung einzugehen zu wollen, sehen wir uns zu unserem Bedauern genötigt, zu erklären, daß es zwei Mitglieder der europäischen Staaten-Familie giebt, von denen das eine sich noch nicht in seinem Normalzustande befindet, während dasselbe in dem anderen bedroht ist (est menacé d'être compromis). Wir sprechen von Griechenland und vom Königreich Neapel. Für die im Widerspruch mit dem Willen des Herrschers und der Stimmung des Volkes stattfindende Okkupation des hellenischen Gebietes durch eine fremde Truppenmacht ist gegenwärtig nicht mehr der geringste Grund vorhanden. Politische Gründe konnten bis zu einem gewissen Grade die dem Herrscher angehangene Gewalt erklären. Mehr oder weniger begründete Anforderungen des Krieges konnten angeführt werden, um diesen Eingriff in die Autorität des Rechtes zu beschönigen (colorer cette infraction à l'autorité du droit). Aber in diesem Augenblicke, wo man keinen dieser Beweggründe mehr anführen kann, scheint es uns unmöglich, die fortwährende Gegenwart fremder Truppen auf dem Boden Griechenlands vor dem Richterflusse der Billigkeit zu rechtfertigen. So waren denn auch die ersten Worte, welche unser erhabener Gebieter aussprach, als die Wiederherstellung des Friedens den Kaiser in den Stand gesetzt hatte, seine Stimme vernahmen zu lassen, in dieser Beziehung klar und bestimmt. Wir haben aus unserer Meinung vor den Kabinetten kein Geheiß gemacht und werden sie keinen Augenblick verläugnen. Trotzdem halten wir es für unsere Pflicht, hinzuzufügen, daß, obgleich die Ergebnisse unserer Erwartung nicht vollkommen entsprochen haben, wir noch immer die Hoffnung aufrecht erhalten, nicht auf einem Felde isoliert dazustehen, wo das Recht und die Gerechtigkeit offenbar auf Seiten der Sache stehen, welche wir verfechten. Was das Königreich Neapel betrifft, so dürfte, wenn es sich auch jetzt noch nicht um Abhilfe handelt, doch sehr zu besorgen sein, daß es die höchste Zeit sei, vorzubeugen. Der König von Neapel ist der Gegenstand eines Druckes, nicht etwa, weil Se. Majestät irgend eine der Verpflichtungen überschritten hätte, welche ihm durch die den fremden Höfen gegenüber eingegangenen Verträge auferlegt sind, sondern weil er in der Ausübung seiner unbestreitbaren Souveränitätsrechte seine Unterthanen regiert, wie es ihm gut dünkt (comme il l'entend). Es wäre uns begreiflich, wenn aus freundschaftlicher Fürsorge und aus wohlwollendem Interesse eine Regierung einer anderen ihren Rath anböte, sollte derselbe auch den Charakter einer Ermahnung annehmen; aber das scheint uns auch die äußerste Grenze zu sein, welche nicht überschritten werden darf. Weniger als jemals ist es heute in Europa erlaubt, zu vergessen, daß die Souveräne ebenbürtig unter sich sind, und daß nicht nach dem Flächenraum des Gebietes, sondern nach der Heiligkeit der Rechte eines Jeden sich die Beziehungen richten, welche unter ihnen bestehen können. Will man von dem Könige von Neapel Zugeständnisse in Bezug auf die innere Regierung seiner Staaten durch Drohung oder feindliche Demonstrationen erlangen, so heißt dies sich gewaltsam an die Stelle seiner Autorität setzen, so heißt dies an seiner Statt regieren wollen, so heißt dies ohne Weiteres das Recht des Starken über den Schwachen proklamieren.

Wir haben nicht nötig, Ihnen zu sagen, wie unser erhabener Gebieter über derartige Präntationen urtheilen würde. Se. Majestät will gern an der Hoffnung festhalten, daß sie nicht zur Geltung kommen werden. Der Kaiser hält an dieser Hoffnung um so mehr fest, als dies dieselbe Doktrin ist, welche diejenigen Staaten, die sich an die Spitze der Zivilisation stellen und in denen die Prinzipien der politischen Freiheit am weitesten zur Entwicklung gediehen sind, niemals aufgehört haben, als ihr eigenes Glaubensbekenntnis in den Vordergrund zu stellen, und zwar in dem Grade, daß sie es versucht haben, dasselbe sogar dort zur Anwendung zu bringen, wo die Umstände es nicht anders, als vermittelt einer gewungenen Auslegung zuließen. Sie werden es sich angelegen sein lassen, so oft die beiden oben erwähnten Fragen an dem Orte Ihrer Residenz berührt werden, keinen Zweifel über die Ansicht unseres erhabenen Gebieters zu lassen. Diese Freimüthigkeit ist ein natürlicher Ausfluß des Systems, welches der Kaiser seit dem Tage, wo er den Thron seiner Vorfahren bestieg, angenommen hat. Dieses System ist Ihnen nicht unbekannt. Der Kaiser will mit allen Regierungen in gutem Einverständnis leben. Se. Majestät glaubt, daß der beste Weg hierzu der ist, in keiner derjenigen Fragen, welche mit dem öffentlichen Rechte Europas in Verbindung stehen, seine Gedanken zu verhehlen. Das Bündniß (faisceau) derer, welche lange Jahre hindurch mit uns jene Prinzipien aufrecht erhalten haben, denen Europa einen mehr als fünfundzwanzigjährigen Frieden verdankt, besteht nicht mehr in seiner alten Kraft (ancienne intégrité). Der Wille unseres erhabenen Gebieters war diesem Ergebnisse fremd. Die Verhältnisse haben uns die volle Freiheit des Handelns wiedergegeben. Der Kaiser ist entschlossen, vor Allem dem Wohle seiner Unterthanen seine Sorgfalt zuzuwenden, und auf die Entfaltung der inneren Hülfquellen des Landes eine Thätigkeit zu verwenden, die sich nur dann nach Außen erstrecken wird (qui ne saurait déverser au dehors), wenn die positiven Interessen Rußlands es unbedingt erheischen. Man macht Rußland den Vorwurf, sich zu isoliren und Angesichts von Thatsachen, welche sich weder mit dem Rechte, noch mit der Billigkeit vertragen, im Stillschweigen zu verharrten; Rußland schmolle (boude)! Rußland schmolzt nicht; Rußland sammelt sich (se recueille). Was das Stillschweigen betrifft, dessen man uns beschuldigt, so könnten wir in Erinnerung bringen, daß man vor nicht gar langer Zeit eine künstliche Agitation gegen uns organisiert hatte, weil wir unsere Stimme jedesmal hatten vernahmen lassen, wo wir es für nötig hielten, um das Recht zu unterstützen. Diese Handlungsweise, schügend (tutélair) für manche Regierungen, und woraus Rußland selbst

keinen Vortheil zog, ist ausgebeutet worden, um uns eines Strebens nach Gott weis, welcher Universalherrschaft anzuklagen. Wir könnten unser Schweigen durch den Eindruck dieser Erinnerung decken (nous pourrions abriter notre silence sous l'impression de ce souvenir.) Allein wir glauben nicht, daß eine solche Haltung einer Macht geziemt, welcher die Vorsehung den Platz in Europa angewiesen hat, den Rußland daselbst einnimmt. Diese Depesche zeigt Ihnen, daß unser erhabener Gebieter sich nicht schweigend verhält (ne se renferme pas dans ce rôle), wenn er glaubt, seine Meinung ausdrücken zu müssen. Es wird das in allen Fällen stattfinden, wo die Stimme Rußlands der Sache des Rechtes nützlich sein kann oder wo es die Würde des Kaisers erheischt, daß seine Meinung nicht unbekannt bleibe. Was die Anwendung unserer materiellen Kräfte betrifft, so behält der Kaiser dieselbe seinem freien Ermessen vor. Die Politik unseres erhabenen Gebieters ist eine nationale. Sie ist keineswegs egoistisch, und wenn Se. Kais. Majestät die Interessen seiner Völker in erste Linie stellt, so giebt er damit nicht zu, daß selbst die Wahrnehmung dieser Interessen (le service de ses intérêts) eine Verletzung des Rechtes Anderer entschuldigen könne. Sie sind ermächtigt zc. Gezeichnet: Gortschakoff."

### Türkei.

Konstantinopel, 19. Septbr. [Tagesbericht.] Nach der neuesten levantinischen, in Triest den 25. d. M. eingetroffenen Post hat sich der Abgang der Donaufurcommission bis jetzt noch verzögert. Sir Bulwer ist nach Brussa in die Bäder abgegangen. Die Montenegroer verlassen Konstantinopel in großer Zahl. Eine Explosion zerstörte die Pulvermühle von Klashana, glücklicherweise ohne Menschenverlust. In Trapezunt ist es (s. Nr. 227) zu Thätlichkeiten zwischen russischen und türkischen Matrosen gekommen; der Hauptkapitän wurde auf Reklamation des russischen Konsuls abgesetzt und nebst drei Matrosen verhaftet. Der Schah von Persien, heißt es, wolle wegen seiner Differenz mit England eine fremde Macht zum Schiedsrichter wählen.

### Donaufürstenthümer.

Jassy, 17. Sept. [Beilegung der Grenzstreitigkeiten; die Abfegungen; öst. Truppen; Dank.] Die Hauptmängel ist die Beilegung der Schwierigkeiten, auf welche die Grenz-Regulierungskommission wegen Wolgrad gestossen war. Nachrichten aus Zsmasl, welche mit großer Zuverlässigkeit auftreten, melden, daß Rußland auch diese wichtige Konzeption gemacht und Wolgrad an die Moldau abgetreten hat. — Die Abfegungen der Beamten aus der Zeit des Fürsten Shika dauern fort. — Es ist nunmehr sicher, daß die österreichischen Truppen noch nicht so bald die Moldau verlassen werden, indem dieser Tage Seitens der Armeeführer neue Lieferungskontrakte für die Dauer mehrerer Monate abgeschlossen worden sind. — Die Moldauische Landesbank, welche nach dem Wortlaut des Privilegiums, am 19. d. M. in Thätigkeit treten sollte, wird, wie man hört, wenn bis dahin die großherzogliche Bestätigung nicht erfolgt, ihre Geschäfte einstweilen als Privatbank beginnen, sich ihre Rechte und Privilegien vorbehaltend. (B. G.)

Gattaro, 17. Sept. [Nachrichten aus Montenegro und Albanien.] Fürst Danilo von Montenegro gedenkt Sr. Majestät dem Kaiser Franz Joseph während Allerhöchstdessen Anwesenheit in Triest seine persönliche Aufwartung zu machen. — Aus Albanien waren dort gar keine Nachrichten von Belang eingetroffen. Die Türken beziehen ein befestigtes Lager an den Ufern der Drave und werden von dort aus die Entwaffnung der bei dem Kirchenzuge beteiligten albanesischen Häuptlinge leiten. Die Division Hussein Pascha's bleibt in Brussa; jene Isender Pascha's, welcher bekanntlich zum Serik befördert wurde, sammelt sich in Skutari.

### Totales und Provinzielles.

Posen, 29. Sept. [Schwurgericht.] Während der diesmaligen Schwurgerichtsperiode fungiren folgende Richter: der Appellationsgerichtsrath Jacoby, als Vorsitzender, der Kreisgerichtsrath Gros und die Kreisrichter Heinke, Gähler, Köse, als Beisitzer. Letzterer ist aus Samter einberufen worden. Das öffentliche Ministerium vertritt in der heutigen Sitzung der Staatsanwalt Knebel. Von den auf heute anberaumten Sachen fiel die eine wegen Erkrankung eines Mitangeklagten aus. Die andere betraf die Tagelöhner Stanislaus Muchaj und Felix Gadecki aus Pryzanski, Kreis Samter. Dieselben waren angeklagt, in der Nacht zum 1. Februar d. J. dem Gutspächer Hellmold zu Buszenko aus einer verschlossenen Scheune vermißt 7 Scheffel Roggen in der Absicht rechtswidriger Zueignung fortgenommen zu haben. Das Verdict der Geschwornen fand die Angeklagten jedoch nicht eines schweren, sondern nur eines einfachen Diebstahls, und zwar unter milderen Umständen, schuldig. Da beide Angeklagte früher schon einmal wegen Diebstahls mit einem Monate, beziehungsweise 8 Tagen Gefängnis, bestraft waren, so erkannte der Gerichtshof auf 6 Wochen Gefängnis.

[Sperrung des Bromberger Thors.] Am 2. Oktober c. wird der Weg innerhalb des Bromberger Thores umgepflastert, und das Thor für diesen Weg abgeperrt. Die Passage findet durch das Warschauer Thor um das Glacis des Reformatenforts statt.

LWH. Posen, 29. Sept. [Erntebericht.] Als Abschluß der einzelnen Berichte über den Ausfall der diesjährigen Ernte in unserer Provinz geben wir die nachstehende Uebersicht eines unserer bedeutendsten Landwirthe, des Hrn. Rathe auf Schloß Karge, wieder. Sie lautet: Die Ernte-Ergebnisse liegen uns nun vollständig vor, und wir können erst jetzt ein motivirtes Urtheil abgeben, nachdem der Erdbrauch nicht mehr auf Vermuthungen oder unsichere Probefrüchte basiert. Die Ernte ist im Allgemeinen eine gute, wir sind dem Himmel, nach schwerer Prüfung, dafür unendlich dankbar, aber sie ist weit entfernt von dem Gesetze, welches in der Mitte der Ernte über den reichen Ergehn die Welt erfüllte. — Der Weizen hat in der Ernte viel Schaden gelitten, wer damit nicht sehr geist hat, dem ist wohl der größte Theil ausgemacht und daher für den Handel verloren. Dies und der im Allgemeinen nur mittelmäßige Stand, bringen uns die Ueberzeugung auf, daß das ganze Ergebnis nur auf 0,75 angesprochen werden kann. — Roggen ist allgemein gut gerathen, ist eben so gut eingebracht, und wir nennen es einen reichlichen Erdbrauch, wenn wir den Durchschnitt auf 4 Scheffel pro Schock annehmen können. Wir haben dies lange nicht gehabt, und ich halte es für gerechtfertigt, wenn wir das Resultat auf 1,25 ansprechen. — Werse hat viel Schode gegeben, dies mag wohl den Körnerertrag einigermaßen beeinträchtigen, weil das Stroh sehr stark war. Während sonst 7 Schock pro Schock nichts Ungewöhnliches war, können wir dieses Jahr nur 5 annehmen, mit Rücksicht aber auf die vermehrte Schodzahl wird der Anschlag von 1,10 gerechtfertigt sein. — Hafer ist besser gerathen als seit vielen Jahren, er hat durch keine Krankheit gelitten, schüttet gut und wir freuen uns, wieder einmal einen Durchschnittsertrag voraussetzen zu dürfen. — Erbsen war die gerathenste Frucht des Jahres, sie schütteten außergewöhnlich, und sind ausgezeichnet im Korn. 1,50 wird den Ertrag geeignet ansprechen. — Wicken sind nur theilweise gerathen, sie haben viel durch die Blüthenmade gelitten, und das Stroh war bei üppigem Wuchs unten faul, die Körner sind nicht recht vollkommen, und wir können den Ertrag nicht über 0,75 annehmen. — Hirse gehört nicht zu den allgemein gerathenen Früchten, obwohl Mancher

hohe Erträge erzielt haben mag. Im Durchschnitt dürfte er nicht über 0,80 anzupreisen sein. — Haider Korn schneit nicht besonders, die Spätkornen, die sonst noch guten Ertrag liefern, haben in der Nacht vom 12. zum 13. vom Frost gelitten, und es kann nur ein Durchschnittsertrag von etwa 0,75 angenommen werden. — Samenflie und Gräser werden knapp werden, und stellen sich erheblich unter den Durchschnitt, wenn auch vor ausgeführtem Erdbrauch ein eigentliches Resultat nicht festgestellt werden kann. — Rapsen haben sich zu spät erholt, sie wuchern aber in überraschender Weise auf dem schlechtesten Sandboden, und haben dadurch ihren Begründeten Vorrang aufs Neue bewährt. Denn wenn auch nicht überall reifer Samen erzielt werden kann, so ist es doch wohl ein früher nicht gekannter Gewinn, auf dürrer sonst gar nicht bebautem Boden eine reiche und geblühende Heurnte erwerben zu können. Wir bedürfen dazu vor Allem gutes Wetter, welches wir auch für die Grummeternte sehnlichst wünschen, damit das Wenige was sie ausgiebt, wenigstens theilhaftig geborgen werden könnte. — Die Kartoffeln, deren Ernte bereits begonnen, sind sehr verschieden in Ertrag und Güte. Es mag dies zum Theil seinen Grund darin finden, daß nicht alle Acker gleichmäßig und den Erfordernissen der Frucht entsprechend bestellt werden konnten, weil der Winter Manchem zu früh auf den Feld kam. Wer gut bestellt und gut gebüngt hat, der kann sich mitunter eines Ertrages bis zu 100 Schock vom Morgen rühmen. Eine lange nicht dagewesene Ausbeute, und ist dieselbe auch nicht allgemein, so erkennen wir es doch mit Freude, daß eine Regeneration der Frucht eingetreten ist. Die Gattung spielt dabei übrigens wieder eine gewisse Rolle, und wer im vorigen Frühjahr für die sächsischen Zwiebel oder die Rio-frio-Kartoffel Geld ausgegeben hat, wird es nicht zu bedauern haben. Zu beachten bleibt, daß in diesem Jahre auch weiße gute Sorten, gegen welche sich ein Selbstguthausbrechen wollte, sich besser als die gewöhnlichen roten Gattungen bewährt haben. So rath daher, mit der recht erfreulich ins Leben gerufenen Beachtung bevorzugter Gattungen auch im nächsten Jahre fortzufahren, und wir werden auch damit ein Mittel gewinnen, den bösen Feind — die Krankheit — zu bekämpfen. Sie trat dieses Jahr später als in früheren Jahren auf, und hat deshalb der Entwicklung der Knollen weniger geschadet. An der Frucht zeigt sie sich, namentlich auf etwas lehmigem Boden, häufig, aber bisher noch als Trockenfäule, was zwar eine längere Aufbewahrung, nicht aber die augenblickliche Verwerthung als Brennholz beeinträchtigt. Den muthmaßlichen Ertrag in einer Zahl auszusprechen, wage ich noch nicht. — Rüben gerathen gut und werden einen Durchschnittsertrag ausgeben, ebenso verprechen die jetzt schon in größerem Maßstabe angebauten Mören eine lohnende Ausbeute. — Mais hat durch den vorerwähnten Frost gelitten, und das Reife werden der heimischen Sorten leicht noch zweifelhaft. — Sorghum saccharatum, das erstmal durch Saat im Felde angebaut, scheint die günstigen Resultate vom vorigen Jahre auch auf diese Weise bewahren zu wollen. — Wir befinden uns mitten in der Saat. Die Acker machen sich auf, nur giebt es viel mit Quecken, einem Erzeugniß der verflochtenen nassen Jahre, zu säffen.

Posen, 30. September. [Polizeibericht.] Gestohlen am 26. d. Mts. Graben Nr. 3 aus unterschlossener Küche ein großes messingenes Plättchen und ein roth und grün farbiges molleses Umfahgetuch. Ferner am 27. d. M. Friedrichstr. 24 aus unterschlossener Küche ein großes messingenes Plättchen mit einem eisernen Bolzen darin und fünf ungezeichnete neusilberne Gläser.

[Erledigt:] Die evang. Schullehrerstelle zu Podgrabowich (Kr. Vomp); die dritte Lehrerstelle an der evang. Schule zu Bräz (Kr. Wresch); die katb. Lehrerstelle in Oblaczko (Kr. Wresch); die katb. Schullehrerstelle zu Kromolice (Kr. Krotoschin). Der Schulvorstand hat für alle diese Stellen das Präsentationsrecht.

[Viehankheiten.] Der Milchband unter dem herrschaftlichen Rindvieh zu Dugoleka, und unter dem bäuerlichen Rindvieh zu Bestwin (Kr. Krotoschin) ist erloschen, und die Sterre demzufolge aufgehoben. — Die Pockenkrankheit ist unter den herrschaftl. Schafen zu Kromolice (Kr. Wresch), zu Kogalin (Kr. Göttrich) und zu Dabrowka (Kr. Posen) ausgebrochen, und die gesetzliche Sperre dieser Ortschaften angeordnet.

pp Bentzen, 28. Septbr. [Humanität des Oberpräsidenten; Postalisches; Straßenreinigung; Marktpreise.] Die sechsjährige Tochter des Kantors L. wurde im Posener grauen Kloster jüngst am Auge operirt. In Folge des Augenschwammes mußte der rechte Augapfel extirpirt werden. Wir können bei dieser Gelegenheit nicht umhin, der außerordentlichen Humanität und Fürsorge des Oberpräsidenten zu gedenken, durch welche allein dem mittellosen L. die Beilegung der Heilskosten und die Aufnahme des kranken Kindes in das dortige Hospital ermöglicht wurde. — Die hiesige Posthalterei und Postexpedition wurden bisher von dem kürzlich gestorbenen Oberförster L. unter Assistenz eines Gehülfen verwaltet. Beide Zweige sind nun vorläufig getrennt; die Erbin des L. ist Posthalterin, der Gehülfe provisorischer Postexpedient. Indessen will der Posthalter in einer benachbarten Stadt auch die hiesige Postverwaltung übernehmen. Am zweckmäßigsten erscheint uns hier eine Konkurrenzöffnung Seitens der königl. Oberpostdirektion, da sich in unserer Stadt selbst die zur Verwaltung beider Zweige vollkommen geeigneten Personen und Mittel finden. — Belästigung, ja höchst nachtheilig für die Respirationorgane sind die Staubwolken, die sich fast jeden Sonnabend beim Reinigen der Straßen erheben (wir haben hier in Posen, und nicht bloß Sonnabends, dieselbe Klage zu führen. D. Red.). Das Begießen der letzteren mit Wasser, zu dem jeder Hausbesitzer durch die Polizeiverwaltung verpflichtet werden mußte, kann diesem Uebelstande allein und sehr leicht abhelfen. — Die Preise für Roggen sanken am letzten Markte von 2½ auf 2 Zhlr.; Weizen wurde noch mit 4½ Zhlr., das Viertel Kartoffeln, deren Ernte sehr günstig ausfiel, mit 16—18 Sgr. bezahlt.

Birnbaum, 27. Sept. [Ernte und Witterung; Preise.] Die Getreideernte, welche nunmehr auch in unserer Gegend vollständig beendet ist, wird von den meisten Landwirthen eine sehr gesegnete genannt, obwohl der lange anhaltende Regen hier und da einigen Schaden angerichtet hat. Die Grummeternte, vom schönsten Wetter begünstigt, ist höchst ergiebig gewesen. Jetzt ist man überall mit der Kartoffelernte beschäftigt. Leider findet man dabei, daß die Kartoffelkrankheit, namentlich in den Niederungen und nassen Aekern, in höherem Grade vorhanden ist, als man geahnt hatte. Im Allgemeinen aber entsetzt man nicht nur viel, sondern auch sehr schöne Kartoffeln. — Die Winterfaat nimmt bei dem beständigen Wetter den besten Fortgang. Bei alledem wollen die Preise der Lebensmittel nicht sinken, den Roggen bezahlen wir mit 5—10 Sgr. und die Kartoffeln mit 2½—5 Sgr. theurer als in Posen; die Butterpreise sind sogar in die Höhe gegangen, und es wird jetzt ein Stück Butter, ungefähr 20 Loth, mit 6½—7 Sgr. gekauft.

Gätz, 29. Septbr. [Feuer; Verschiedenes.] In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend wurde unsere Stadt durch Feuerlärm erschreckt; es brannte in der Vorstadt Doktorowo ein Haus nieder. Bald auch war der Thäter entdeckt und zwar in der Person eines 84jährigen Greises, des leiblichen Vaters des Hausherrn. Zerrwürnisse mit dem Sohne hatten ihn zu dieser That bewogen; doch als er die Flammen ausschlagen sah, sprang er, vom bösen Gewissen getrieben, in einen flachen Brunnen, aus dem gezogen er bald ein offenes Gesandniß ablegte. Ein zweites Feuer schickte in Reponer-Jaund ein Wohnhaus nebst Stall ein, und auch hierbei ist der Brandstifter den Händen der Gerechtigkeit übergeben; wenn derselbe auch noch nicht selbst geständig, so lagen so viele gravirende Indizien vor, daß er gefänglich eingezogen wurde. Diesen, einen vielfach bestraften Dieb, hatte die Wache zur That getrieben, weil der Hausbesitzer einen seiner Diebstähle verrathen und dem Bestohlenen mit Hilfe der Polizei zu seinem Eigenthum verholten hatte. — Die Ernte ist nun überall beendet und für Produzenten wie Konsumenten befriedigend ausgefallen. Jetzt sind alle Hände mit der Einfaat und dem Kartoffelausmachen beschäftigt; trotzdem letztere überall gut gerathen, so ist doch das Geschäft in denselben ein außerordentlich lebhaftes. Die Brennereibesitzer kaufen auf, die Verkäufer schlagen los und ist der Preis pro Schock überall 20 Sgr. — Eine höchst merkwürdige Erscheinung zeigt sich dieses Jahr bei (Fortsetzung in der Beilage.)



dem Mais (Pferdebahn); derselbe war durch die Nachfröste erfroren, und seine breiten Blätter hingen schlaff und weiß am Stamme herunter, jetzt bei dem schönen warmen Wetter hat er sich aber ausgetrocknet und prangen dieselben Blätter wieder im frischen, fastigen Grün.

«Bissa, 28. Sept. [Eisenbahn; Telegraphie; Militär; Sches; Schluss der Meisener Ausstellung; Kinderpest; Feuer.] Gestern Nachmittag gegen 2 Uhr traf auf dem hiesigen Bahnhofe, von Naumitz kommend, die erste Lokomotive ein. Sie führte die Nummer 2 und gehörte zu den ersten, die auf den Oberschlesischen Bahnen benutzt werden; gegenwärtig wird sie nur noch zu Probefahrten benutzt. Hunderte von Neugierigen waren bereits in den Vormittagsstunden aus der Stadt nach den gärtigen Anlagen des Bahnhofes hinausgeströmt, um diese erste Wundererscheinung für die Bewohner Bissa's zu begrüßen. Gegen 3 Uhr kehrte die Lokomotive für die weiteren höheren und niederen Beamten nach Naumitz zurück. Vom künftigen Montage ab werden sich die Probefahrten hierher täglich wiederholen und vom Dienstage oder Mittwoch ab bis Polen fortgesetzt werden. — Was die Eröffnung der Bahn betrifft, bin ich in der Lage, Ihnen aus sicherer Quelle zu berichten, dass dieselbe vor dem 29. Oktober nicht wird erfolgen können. Se. Exz. der Herr Handelsminister haben in einem Schreiben an einen hochgestellten Beamten zu Breslau diesen Termin neuerdings festgesetzt. Dagegen vernahm ich Ihnen über den Gang der Dinge schon heute zu bestimmen, dass die von Breslau nach Posen abgehenden Vormittags 9 Uhr und Nachmittags 6 Uhr, die von Posen nach Breslau abgehenden 11 Uhr Vormittags und 2 Uhr Abends hier ein treffen werden. Da ferner die von Posen ankommenden Züge keinen Anschluss an die Glogau-Hansdorfer Zweigbahn vorerst möglich machen und ebenso die Breslau-Wahngüter der Bissa diesen Anschluss verfehlen, so sollen die Postkurse so eingerichtet werden, dass die Personen, welche mit den Posener Bahnzügen hier eintreffen, jedenfalls sofort weiter nach Glogau befördert werden, dagegen für die von hier nach Berlin und Sachsen reisenden Personen die Benutzung der bisher bestandenen Postkurse zum Anschluss an die Glogau-Hansdorfer Zweigbahn beibehalten bleibt. Zwischen hier und Posen endlich soll verkehrswise eine vierstündige Personenpost noch fortbestehen, um die Verbindung der heimwärts der Bahn gelegenen Ortschaften mit den einzelnen Stationspunkten zu vermitteln. — Auf der ganzen Bahnlinie von Breslau nach Posen und ebenso von hier nach Glogau wird jetzt sehr eifrig an der Aufrichtung der Stangen und Legung des Telegraphendrahthes gearbeitet, da die Telegraphie höherer Bestimmung zufolge schon mit dem 1. Oktober e. in's Leben treten soll. Ob letzteres bei dem so nahe bevorstehenden Termine möglich werden wird, dürfte einem um so begründeteren Zweifel unterliegen, als für die Einrichtung der Lokalitäten und die Aufstellung der Batterien und Apparate allein mehrere Tage erforderlich sind.

Heute sammelten sich hieselbst die Ersatzmannschaften für das 19. Infanterieregiment aus dem Landwehrbezirk Graustadt-Kröben, zu dem auch ein Theil des Krotoschiner Kreises gehört; es waren etwa 230 Mann. Gleichzeitig trafen auch die Rekruten für die anderen Einienregimenter, unter Anderem für das 4. Dragoner- und das 2. Husarenregiment ein. Für den morgigen Tag ist die Ankunft von circa 580 Rekruten des 7. Infanterieregiments angekündigt, die demnach nach ihren resp. Heimatorten entlassen werden. Die Rekruten des 10. Infanterieregiments ziehen seitwärts Bissa in ihre Heimatorte. Die Garderekruten der hiesigen Provinz treffen hier am 2. Oktober ein, marschieren dann über Graustadt nach Glogau, von wo sie per Eisenbahn nach Berlin weiter befördert, und daselbst am 6. Oktober eintreffen werden. — Heute wurde die Meisener Ausstellung (wir werden, sobald irgend der Raum gestattet, einen ausführlichen Bericht darüber bringen; d. Red.) geschlossen, nachdem dieselbe noch im Laufe des Tages sehr zahlreich von auswärtigen Besuchern war in Augenblicke genommen worden. Wir bemerkten außer vielen Bissern zahlreiche Personen aus Naumitz, Bojanowo und den angrenzenden schlesischen Kreisen. — Die Viehkrankheit ist in Schlang noch keineswegs erloschen. Am letzten Dienstage wurden daselbst abgetödtet 2 Stück Rindvieh erschossen. — Zu Jentzschow bei Punitz brach am 27. Nachmittags 2 Uhr Feuer aus, das mit solcher Vehemenz um sich griff, dass binnen einer Stunde eine ganze Bauernwirtschaft mit sämtlichen Getreidevorräthen ein Raub der Flammen wurde.

«Neustadt b. P., 28. Sept. [Missionen; Erntedankfest; Bau; Lotterie.] Heute feierte in erhebender Weise der hiesige Missions-Gesellschaft das alljährliche Missionsfest in der geschmückten evangel. Pfarrkirche. Es hatten sich, da der sonntägliche Gottesdienst die Geistlichen natürlich fern hielt, dazu nur zwei aus unserer unmittelbaren Nähe eingefunden, und zwar die Pastoren Lucas aus Lemisch-Gauland und Böttcher aus Bünne, hingegen eine große Anzahl Andachtiger von nah und fern, so dass die Kirche fast überfüllt war. Um 10 Uhr, nachdem die Geistlichkeit vor dem blumengeschmückten Altar Platz genommen, begann die Feier. Nachdem Pastor Held die Liturgie abgehal-

ten, wurde unter Leitung des Kantors Simon von Dilettanten ein Choral vorgetragen, worauf Pastor Lucas eine in jedes Herz und Gemüth dringende, gehaltvolle Predigt über den Text Matth. V. 13, 14 hielt. Dann folgte der vom Pastor Böttcher erstattete Bericht aus der Heidenwelt. Nachdem er über die Mission im Einzelnen und Allgemeinen gesprochen, schilderte er in düsteren Bildern die traurige Lage der fast auf allen Erdtheilen, außer in Europa, lebenden Heiden seit dem Jahre 200 bis auf die Jetztzeit, und schloß mit der Bitte, daß Jeder nach Kräften dazu beitragen möge, die noch in der Finsterniß herumirrenden Millionen zum wahren Lichte führen zu können. Pastor Held hielt alsdann die Ansprache, sprach das Schlußgebet und ertheilte den Segen. An der Kirchensportie wurde von den auswärtigen Geistlichen eine Kollekte gesammelt, welche eine namhafte Summe eingetragen hat. — Die hiesigen Einwohner werden in jüngster Zeit durch Briefe vom Bureau aller Konzeptionen Staats- und Klassenlotterien etc. von G. Calmann aus Hamburg (wir haben dieses Schwindels, und grade des genannten Hauses, schon wiederholt warnend gedacht; d. Red.) zur Entnahme eines oder mehrerer Loose zur Hamburger Staats-Lotterie animirt. Es wäre wohl zu rathen, sich auf dergleichen Verlockungen nicht einzulassen, da, wenn auch auf einen Gewinn schwerlich zu rechnen ist, das Spielen in auswärtigen Lotterien schon an sich gesetzlich verboten ist.

«Schneidemühl, 28. Sept. [Feuerlärm; Butterkonfiskation; Backwaaren etc.] Gestern 1/2 12 Uhr Vormittags ertönten die Feuerklofen. In einem Garten neben der Pöge brannten zwei große Heuhaufen, einer armen Witwe gehörend, nieder. Es wurde zwar das Feuer bald gelöscht und etwas von dem Heu gerettet, das sich jedoch höchstens noch zur Streu eignen dürfte. Man will wissen, daß zwei Knaben an dem Unglück Schuld sind, die sich dort Cigarren mit Schwefelköpfchen angezündet haben, und als das Feuer um sich griff, schnell davon gelaufen sind. — Am vergangenen Freitag ist hier auf dem Markte ein großer Kasten voll Butter, einem jüdischen Butterhändler aus Garmnika gehörend, konfisziert, und öffentlich verkauft worden, weil in der Butter, die überhaupt das richtige Gewicht nicht hatte, eine Beimischung von Kartoffeln und Hammeltalg vorhanden war. — Auch bei uns stehen die Backwaaren zu den jetzigen Kornpreisen in gar keinem Verhältnisse. Ein Schfl. Roggen kostet jetzt 2—2 1/2 Thlr., und ein Schfl. gutes Korn liefert ca. 80 Pf. Brod. Es könnte demnach, nach Abrechnung aller Kosten, die das Verbacken eines Scheffels verursacht, für 1 Sgr. 1 Pfund Brod abgelassen werden; man bekommt aber für 1 Sgr. nur 1/2, kaum 3/4 Pfd., ja neulich hat jemand hier bei einem Bäcker ein Roggenbrod für 2 1/2 Sgr. gekauft, welches genau nur 1 1/2 Pfd. wog. Auf alle Vorräthe können sich unsere Bäcker ebenfowenig als anderwärts berufen, weil sie keine hatten. — Unserem Bürgermeister Schreiber, der sich der allseitigen Liebe der Bürger erfreut, brachte heute um 6 Uhr Morgens der hiesige Gesangsverein „Concordia“ ein Ständchen zu seinem Geburtstage.

«Schubin, 28. Sept. [Ernteresultate; Viehkrankheit; Chausseebau.] Nachdem nunmehr die Ernte in den Winter- und Sommerfrüchten beendet, auch der größere Theil der Kartoffeln der Erde entnommen ist, läßt sich mit einiger Gewißheit das Resultat im Kreise dahin angeben, daß im Roggen eine entschieden gute, in allen übrigen Früchten eine gute Mittelernte gemacht worden. Bei der Kartoffel wird gegenwärtig (und wie sich Ref. auf seinen vielfachen Reisen persönlich überzeugt hat) mit Recht darüber geklagt, daß viele angestockte Knollen sich befinden. Diese Erscheinung tritt vorzugsweise und fast ausschließlich bei der weißen Kartoffel hervor, und auffallenderweise bedeutend stärker bei den auf leichtem Sandboden, als bei den auf schwereren Boden gebauten Früchten. (Aus anderen Gegenden wird gerade das Gegenheil gemeldet. D. R.) Die Behauptung mehrerer erfahrener Landwirthe, daß die kalte und nasse Zeit, und namentlich die mehrfachen starken Fröste (dem Ref. waren vor etwa 14 Tagen in einer Nacht sämtliche Georginen, Pflasterminen, und sogar einige Ziersträucher erfroren,) der Kartoffel geschadet, dürfte nicht ohne Berechtigung sein. Auch die Hackfrüchte

(Küben, Brücken etc.) versprechen einen reichlichen und guten Ertrag, das Kraut (Kohl) steht sehr schön, und so kann man beim dem Winter ohne Belorgnis entgegen sehen. Das einzige, was ganz fehlgeschlagen, ist das Obst, so daß eine Birne oder ein Apfel in den Haushaltungen zu den Delikatessen gehört. — Der Gesundheitszustand unter den Hausthieren ist in unserem Kreise, bis auf die Hühner und wieder vorkommenden Schafpocken, ein befriedigender. — Mit dem Chausseebau im Kreise wird rüstig vorgeschritten. Die Chausseestrecke Labischin-Bartschin, von 1 1/2 Meilen Länge, an welcher über 100 Sträflinge aus der Strafanstalt Polnisch-Krone beschäftigt werden, geht ihrer Vollendung entgegen, und wird jedenfalls noch in diesem Jahre unter Hebung gesetzt werden. Hiermit ist die chausseemäßige Verbindung zwischen Bartschin und Bromberg über Labischin hergestellt, und wenn nur im künftigen Jahre das Stück zwischen Bartschin und Szczepanowo ausgebaut sein wird, dann sind Gnesen und Posen auch auf diesem Wege über Mogilno und Labischin mit Bromberg durch Chaussee verbunden. Eine unangenehme Störung in der Förderung der Vorarbeiten für die demnach in Angriff zu nehmenden Chausseestrecken Schubin-Bromberg, Schubin-Znin resp. Gonsawa, Schubin-Grin und Schubin-Labischin, macht das schwebende Eisenbahnprojekt Bromberg-Posen, welches jedenfalls die oben beschlossenen Chaussees resp. deren projektirte Nützlichkeitslinie mehr oder weniger alteriren wird. Mit Sicherheit ist wohl anzunehmen, daß nach der Stadt Schubin ein Bahnhof gelegt werde, da auch, wenn die Bahn über Gnesen geführt wird, eine andere Linie, namentlich über Labischin wegen der nothwendigen vielen und schwierigen Nebübergänge unmöglich ist. Hiernach werden sich die Chausseebauten für das nächste Jahr regeln; jedenfalls aber wird die Linie Bartschin-Pakosé zur Ausführung kommen. Bei der Kreischauffee Schubin-Makel wird die Gehelelle Paterke mit der gleichnamigen auf der Provinzialchauffee vom 1. Jan. d. J. vereinigt, und auf der Chaussee Labischin-Bartschin eine neue Gehelelle bei Kania etabliert werden.

### Angekommene Fremde.

Vom 30. September.

**HOTEL DU NORD.** Frau Gutsh. v. Chlapowska aus Turów; die Gutsh. v. Laski aus Zembowo, v. Soltowski aus Zajaczkowo, v. Milewski aus Sawowice, Zahn und Probst v. Brestski aus Tarnowo; Geislicher v. Jaroslawski aus Sopotnik.  
**BAZAR.** Gymnasial-Lehrer Dr. Plebanowski aus Bissa; die Gutsh. v. Radzinski aus Ruzino, v. Kurnatowski aus Dufin, Graf Szobrowski aus Brodowo; v. Wierzbinski aus Stare, v. Koczorowski aus Piotrowice, v. Jaraczewski aus Jaraczewo u. v. Jaraczewski aus Lipno; Frau Gutsh. v. Sempolowska aus Gomarzewo.  
**SCHWARZER ADLER.** Gutsh. v. Golski aus Kunowo; die Gutsh. v. Schönbach aus Lang-Goslin und v. Soltowski aus Biechowice.  
**MYLIUS' HOTEL DE DRESDE.** Die Gutsh. v. Westerski aus Stupie, Feinke aus Olzowo und v. Morawski aus Wieruszow; Rechtsanwält v. Grabowski aus Samter und Kaufmann Fickler aus Uersdingen.  
**BUSCH'S HOTEL DE ROME.** Königl. Kammerherr v. Radolinski aus Jarocin; die Gutsh. v. Turno aus Obiezierz, Zouanne aus Bleschen und v. Dobrzewski aus Baborowo.  
**HOTEL DE BAVIERE.** Die Gutsh. v. Koczorowski aus Jasni, v. Siforski aus Chroptowo, v. Malczewski und Wierzbinski aus Nowicki aus Kruchowo; Oberamtmann Schöbel aus Storchest.  
**GOLDENE GANS.** Frau Gutsh. v. Grabowska aus Koninko.  
**HOTEL DE BERLIN.** Frau Gutsh. v. Vieganski aus Potulice; die Fräulein Drahowski aus Grabowo und Wierlich aus Vieganowo; die Kaufleute Heppner aus Jaraczewo, Bothländer aus Schrau, Grünert aus Driesen, Parlam und Fräulein Meyer aus Kurnik.  
**HOTEL DE PARIS.** Die Missionäre Wawrzyszewski, Baczynski und Sliwinski aus Schrimm; Unteroffizier Bargfeld aus Berlin; Auskultor v. Kampejowski aus Schrodka; Defan Grzymowski aus Wronke; Probst Sabowski aus Sieblemin; Gutsh. v. Kierosi aus Bialczyn; Gutsh. v. Drzewski aus Wianowice u. Frau Gutsh. v. Baranowska aus Gwiazdowo.  
**WEISSER ADLER.** Die Mühlenb. Bräufte aus Bielejewo-Mühle und Habbow aus Madrojno; Bäckermeister Neubert aus Breschen.

## Inserate und Börsen-Nachrichten.

### Bekanntmachung.

Der §. 31 des in Nr. 132 des diesjährigen Staats-Anzeigers abgedruckten Post-Reglements vom 27. Mai c. ist wörtlich fest:

Jeder Adressat, welcher einen Dritten zur Empfangnahme der an ihn zu bestellenden Gegenstände bevollmächtigen will, muß die Vollmacht schriftlich ausstellen und in dieser die Gegenstände (ob nur simple Briefe oder auch Packet-Adressen und Geld-Auslieferungscheine) genau bezeichnen, zu deren Empfangnahme der Bevollmächtigte ermächtigt sein soll. Die Unterschrift des Machtgebers unter der Vollmacht muß, wenn deren Richtigkeit nicht ganz außer Zweifel steht, wenigstens von dem Gemeinde- oder Bezirks-Vorsteher oder von einem anderen Beamten, welcher zur Führung eines amtlichen Siegels berechtigt ist, unter Beidrückung desselben beglaubigt sein, und es muß die Vollmacht bei der Post-Anstalt, welche die Bestellung ausführen läßt, niedergelegt werden.

Diese Bestimmung wird von den betheiligten Korrespondenten häufig außer Acht gelassen, so daß bei der Ausgabe der betreffenden Korrespondenz Weiterungen entstehen, welche, wenn die Adressaten vom Orte abwesend sind, sich schwer beseitigen lassen. Im Interesse des korrespondirenden Publikums sehe ich mich daher veranlaßt, jene reglementarische Bestimmung hierdurch in Erinnerung zu bringen, wobei ich noch besonders bemerke, daß die niederzulegenden Erklärungen dem Vollmachtstempel von 15 Sgr. unterliegen.

Posen, den 30. August 1856.

Der Ober-Post-Direktor.

In Vertretung: Bauer, Posttrah.

Am Mittwoch den 8. Oktober d. J. Vormittags 8 Uhr wird auf dem Kanonenplatz zu Posen der Verkauf von 54, zur diesjährigen Kavallerie-Übung benutzten, ausgerüsteten Artillerie- und Kavallerie-Pferden, gegen sofortige Bezahlung in preussischen Geldsorten stattfinden.

Das Kommando des 5. Armeekorps.

Das der Obra-Meliorations-Gesellschaft gehörige Wahl- und Wassermühlengrundstück bei Karge, bestehend aus den Mühlen-, Wohn- und Wirtschaftsgebäuden und den dazu gehörigen Ländereien, enthaltend:

66 □ R. Hof- und Baustellen,	
82 - Garten,	
5 Morgen 1 - Acker,	
6 - 136 - Wiesen,	
4 - 122 - Sätung,	
17 Morgen 47 □ R.	
soll bis auf	
40 □ R. Hof- und Baustellen,	
36 - Garten,	
1 Morgen 65 - Wiesen,	
1 Morgen 141 □ R.	

welche zur Regulierung des Dbrzycko-Flusses gebraucht werden, im Wege des Meistgebots veräußert werden.

Hierzu, so wie event. zum besonderen Verkaufe des Inventari der kassirten Mühlenwerke habe ich einen Termin auf

Dienstag den 7. Oktober Vormittags 10 Uhr im Magistrats-Bureau zu Unruhstadt anberaumt, zu welchem Kauflustige mit dem Bemerken eingeladen werden, daß das Grundstück wegen seiner Lage am Dbrzycko-Flusse und der Verbindung durch die Obra mit der Oder sich vorzugsweise zu einer Fabrikation eignet.

Die Kaufbedingungen, unter denen ich hier nur hervorheben will, daß wegen der Dbrzycko-Regulierung die Gebäude bis auf die Scheune abgetragen werden müssen, können während der Dienststunden in meinem Bureau und bei dem Magistrat zu Unruhstadt eingesehen werden; der Zuschlag bleibt vorbehalten.

Der königl. Kommissarius für die Obra-Meliorationen,  
Landrath v. Madai.

### Ediktal-Citation.

Die verehelichte Arbeitsmann Gerth, Sophie geborne Schurwanz, geboren den 24. April 1785, welche vor ungefähr 26 Jahren ihren Wohnort Petershagen in der Wilsch, nach Polen auszuwandern, verlassen und seitdem keine Nachricht von sich gegeben hat, so wie ihre etwa zurückgelassenen unbekannten Erben werden aufgefordert, sich bei dem unterzeichneten Gericht spätestens im Termine

den 6. Januar 1857 Vormittags 11 Uhr vor dem Deputirten Herrn Kreisgerichtsrath Schraden schriftlich oder persönlich zu melden, widrigenfalls dieselbe für todt erklärt und ihr Nachlaß ihren nächsten gesetzlichen und sich legitimirenden Erben ausghängt werden wird.

Nügenwalde, den 8. März 1856.

Königl. Kreisgerichts-Deputation.

Aufforderung der Konkursgläubiger.  
In dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Heinrich Krümmel zu Glogau werden alle diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis

zum 16. Oktober 1856 einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnach zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen, so wie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungs-Personals auf den 3. November 1856 Vormittags 11 Uhr in unserem Gerichtssitz, Terminzimmer Nr. 1, vor dem Kommissar Herrn Gerichts-Assessor Zahn zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen. Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung

seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen. Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechts-Anwälte Müller, Roseno, Haack, Wunsch, Heitemeyer zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Glogau, den 17. September 1856.  
Königliches Kreisgericht, I. Abtheilung.

### Vorlesungen für Pharmaceuten.

Laut Rescript des königlichen Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten vom 22. September 1854 ist für Breslau die Errichtung einer delegirten Examinations-Commission für Pharmaceuten beschlossen und der Unterzeichnete für jetzt zum Director dieser Commission und des pharmaceutischen Studiums an hiesiger königlicher Universität ernannt worden. In Folge dieser Verfügung werden die Candidaten der Pharmacie, welche hierselbst studiren wollen, aufgefordert, sich bei dem Beginn des bevorstehenden Semesters (den 15. October) unter Beibringung ihrer Zeugnisse zum Empfange der zu ihrem Studium erforderlichen Anweisungen zu melden.

Breslau, den 25. September 1856.

Der K. Geheime Medicinalrath Prof.  
Dr. Göppert.

Mein Gasthof, am Markt Nr. 83 belegen, ist zu verkaufen.

Neustadt a. W. E. Stanke.

400.000 Ziegel  
stehen in meiner Privatkegel zu Zabikowo transportfähig auf der nunmehr fertigen Eisenbahn zum Verkaufe.  
Ernst Niehle.



